


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

ZUR AKTUELLEN POLITISCHEN SITUATION IN RUSSLAND

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Regime, Opposition und die Herausforderungen des elektoralen Autoritarismus in Russland	3
Vladimir Gelman, St. Petersburg	
■ KOMMENTAR	
»Aufruhr« auf russisch oder legaler russischer Protest?	6
Dmitrij Oreschkin, Moskau	
■ PRESSESTIMMEN	
Die russische Presse zur geplanten Verschärfung des Gesetzes über »nichtkommerzielle Organisationen«	10
■ DOKUMENTATION	
Erklärung des Komitees für Bürgerinitiativen	12
Russlandkoordinator Dr. Andreas Schockenhoff kritisiert geplante Verschärfung des	
NRO-Gesetzes in Russland	14
Erklärung des Deutsch-Russischen Austausch e.V. (DRA)	
anlässlich der geplanten Verschärfung des NGO-Gesetzes in Russland	14
■ UMFRAGE	
Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?	15
»Macht« und »Volk«	16
Institutionenvertrauen in Russland 2009–2012	17
Russland 2020	18
Was halten Sie von den russischen Liberalen?	20
Zukunftsperspektiven und Emigrationswunsch	21
Die Massendemonstrationen in Moskau	23
■ CHRONIK	
Vom 18. Juni bis zum 12. Juli 2012	26

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 243 – erscheint voraussichtlich am 20. September 2012. Geplant sind u. a. Ausgaben zu Meinungsumfragen und politischer Kultur in Russland, zum russischen Blick auf Deutschland und Polen und den »russischen Traum«, wie er in Meinungsumfragen erkennbar wird.

Die Sommerpause bedeutet für die Russland-Analysen diesmal einen Einschnitt. Die Finanzierung durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft geht zu Ende. Er hat uns in die Lage versetzt, über drei Jahre die Arbeit an den Russland-Analysen fortzuführen, und er hat die Herausgabe der Zentralasien-, der Belarus- und der Ukraine-Analysen ermöglicht. Es war der Ost-Ausschuss, dessen Förderung die Entwicklung dieses Projekts in seiner ganzen Breite erst denkbar gemacht hat. Er hat dies getan, ohne je auf die redaktionelle Arbeit Einfluss zu nehmen. Dafür und für die großzügige Förderung des Projekts sind die Länder-Analysen, ihre Leser und die Redaktion dem Ost-Ausschuss zu Dank verpflichtet. Und aus diesem Grunde bleiben wir dem Ost-Ausschuss auch verbunden, nachdem die Projektfinanzierung ausgelaufen ist.

Seit mehr als acht Jahren erfüllen wir nun auf Projektbasis und zum großen Teil in Freizeitarbeit eine Aufgabe, die im deutschsprachigen Raum niemand anders leistet – die Bereitstellung wissenschaftlich abgesicherter Information über den postsowjetischen Raum in möglichst allgemeinverständlicher Form. Wissen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen bei unseren östlichen Nachbarn ist unabdingbare Voraussetzung deutscher und europäischer Politik. Dazu versuchen wir beizutragen.

Wie geht es nun weiter? Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen haben sich in den letzten Monaten um Sponsoren bemüht. Wir stehen immer noch in Verhandlungen, und es ist nicht sicher, dass das Gesamtprojekt ab September fortgeführt werden kann. Wir benötigen finanzielle Unterstützung. Als Ansprechpartner stehen Dr. Heike Dörrenbächer als Geschäftsführerin der DGO doerrenbaecher@dgo-online.org, PD Dr. Heiko Pleines von der Forschungsstelle Osteuropa pleines@uni-bremen.de und Prof. Dr. Hans-Henning Schröder hhs@zedat.fu-berlin.de zu Verfügung. Wir setzen fest darauf, dass die Russland-Analysen im September wiedererscheinen.

Erst einmal wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Christoph Laug, Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

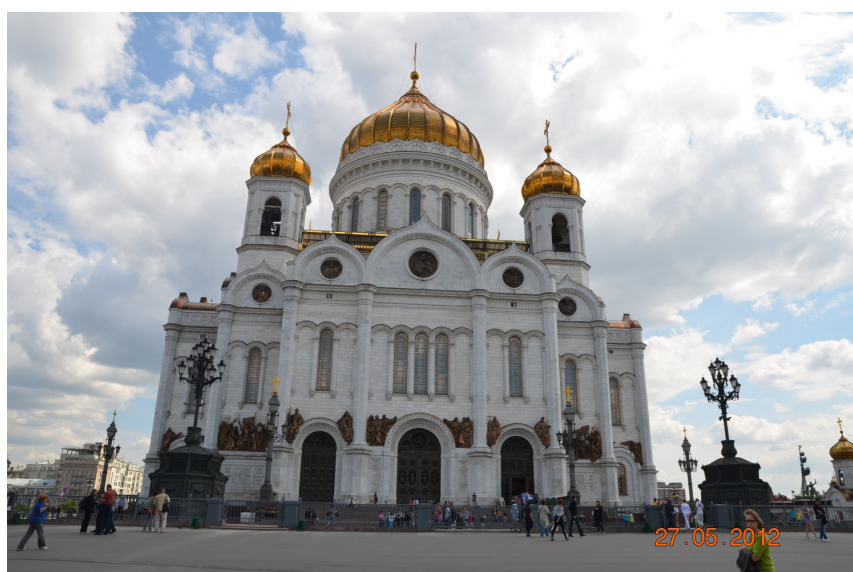


Foto: Hans-Henning Schröder, Russland-Analysen

Regime, Opposition und die Herausforderungen des elektoralen Autoritarismus in Russland

Vladimir Gelman, St. Petersburg

Zusammenfassung

Das politische System des elektoralen Autoritarismus, das sich in Russland in den 2000er Jahren herausgebildet hatte, geriet bei den Duma- und Präsidentschaftswahlen 2011/12 in eine schwere Krise. Erstmals ist es »systemischer« und »außersystemischer« Opposition gelungen, sich im Rahmen eines »negativen Konsens« gegen das Regime zu einen und Massen zu mobilisieren. Das Regime war jedoch in der Lage, seinerseits ausreichend Anhänger aufzubieten und trotz allem die Wahlen zu gewinnen. Es ist allerdings schwer vorherzusagen, ob das Regime weiterhin erfolgreich die politischen Parteien und das Parlament nutzen kann, und ob es gelingt, die »außersystemische« Opposition erfolgreich zu isolieren. In jedem Fall wird die Nachfrage der Staatsbürger nach Alternativen zum *status quo* zunehmen, und die Frage besteht darin, ob es der jetzigen russischen Opposition oder anderen politischen Akteuren gelingen wird, sie in den kommenden Jahren zu befriedigen.

Einleitung und Rückblick

Die Resultate der Wahlen 2011–2012 und deren Folgen kamen für die Mehrheit der Beteiligten und der Beobachter des politischen Prozesses in Russland unerwartet. Zu Beginn der Wahlkampagne gingen praktisch alle Einschätzungen davon aus, dass die »Partei der Macht« »Einiges Russland«, gestützt auf den Staatsapparat, die Beherrschung der Massenmedien und die Unterstützung der in der Bevölkerung populären Führer, ohne besondere Mühe die erdrückende Mehrheit der Sitze in der Staatsduma erringen und den Weg für die Rückkehr Wladimir Putins in das Amt des Staatsoberhauptes ebnen würde. Doch schon der Ausgang der Dumawahlen am 4. Dezember 2011 strafte diese Erwartungen Lügen. Während »Einiges Russland« nach offiziellen Mitteilungen nur 49,3 % der Wählerstimmen auf sich vereint hatte, zeugten zahlreiche direkte und indirekte Hinweise, von Exit-Polls bis hin zu den Berichten der Wahlbeobachter, von mannigfaltigen Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung. Heute gibt es keine Zweifel, dass der reale Anteil der für »Einiges Russland« abgegebenen Stimmen deutlich geringer war. Direkt nach den Wahlen überrollte eine Welle von Protesten das Land. Die Proteste gegen die offiziellen Wahlergebnisse erreichten ein im postsowjetischen Russland nicht dagewesenes Ausmaß: die Versammlungen in Moskau brachten mehrere 10.000 Teilnehmer auf die Beine.

Bis zu den Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 gelang es der Staatsmacht jedoch, die Kontrolle über die Situation im Land wiederzuerlangen und unter Nutzung aller verfügbaren Mittel, den gewünschten Wahlausgang zu erreichen. Offiziellen Angaben zufolge erzielte Wladimir Putin 63,6 % der Stimmen – bei zahlreichen Unregelmäßigkeiten im Laufe der Wahlkampagne und bei der Stimmauszählung. Die daran anschließende Offen-

sive der Staatsmacht gegen die Opposition war dazu bestimmt, im Land den *status quo ante* wiederherzustellen. Das autoritäre Regime in Russland hat bei den Wahlen 2011–12 empfindliche Verluste einstecken müssen. Es ist noch zu früh, von einer umfassenden Krise oder gar von baldigem Zerfall zu sprechen, doch die Herausforderungen, mit denen die Staatsmacht im Verlauf der vergangenen Wahlperiode konfrontiert war, haben systemischen und unabwendbaren Charakter.

Warum sind diese Herausforderungen »hier und jetzt« entstanden? Wie kam das Wahlergebnis zustande, und welche Mechanismen und Gründe führten einerseits zum teilweisen Wahldebakel der herrschenden Partei und andererseits zum Aufschwung und nachfolgenden Rückgang der Protestaktivität? Wie wirkten sich diese Ereignisse auf die weitere Entwicklung des politischen Systems in Russland aus?

»Stunning elections«: Warum?

Das politische Regime, das sich in Russland in den 2000er Jahren herausgebildet hat, wird von vielen Experten als »elektoraler Autoritarismus« eingestuft, ein Begriff, der sich in den vergangenen Jahren durchgesetzt hat. In solchen Regimen hat die Institution der Wahlen eine ganz reale Bedeutung: Im Gegensatz zum »klassischen« Autoritarismus, bei dem »Wahlen ohne Wahl« vorherrschen (zum Beispiel in Kasachstan und Usbekistan) lässt man im »elektoralen Autoritarismus« unterschiedliche Parteien und Kandidaten zur Wahl zu. Die formellen und informellen Regeln solcher Wahlen sehen jedoch hohe Barrieren für die Wahlteilnehmer vor, etwa den offensichtlich ungleichen Zugang zu Ressourcen, den Einsatz des Staatsapparates zur Maximierung der Stimmenzahl für die herrschende Partei und deren Kandidaten, sowie Manipulationen in allen Bereichen der Wahl,

unter anderem bei der Stimmauszählung. Die ungleichen »Spielregeln«, die den Wahlsieg der an der Macht befindlichen Gruppe um jeden Preis und unabhängig von den Präferenzen der Wähler garantieren soll, unterscheidet den elektoralen Autoritarismus von der elektoralen Demokratie. Doch auch das Phänomen der »überraschenden Wahlen« (stunning elections) ist gut bekannt, bei denen autoritäre Regime zur Stärkung ihrer Legitimität Wahlen durchführen, diese aber zu einer Niederlage der herrschenden Gruppe führen und den Weg zu einer umfassenden Demokratisierung eröffnen, wie es in der UdSSR 1989/1990 geschah.

Unfälle des elektoralen Autoritarismus

In den letzten Jahren haben Experten den Einfluss von Regime- und Oppositionshandeln auf den Zerfall von elektoralen autoritären Regimen analysiert, gestützt auf die Erfahrungen der »farbigen Revolutionen« von Serbien (2000) bis Moldowa (2009). Ein Teil der Experten thematisierte die kritische Rolle von Massenmobilisierungen als Folge der Oppositionsbemühungen und richtete besondere Aufmerksamkeit auf die Kooperation unterschiedlicher Gruppen von Regimegegnern und die Taktiken der Oppositionskräfte. Andere Wissenschaftler wiederum richteten ihre Aufmerksamkeit auf die Verwundbarkeit der autoritären Regime selbst, ihre Offenheit gegenüber dem Einfluss des Westens, die Schwäche des Staatsapparates und/oder der dominierenden Partei, die nicht in der Lage waren, eine umfassende Kontrolle über den politischen Prozess zu garantieren.

Die Schlappe des elektoralen Autoritarismus in Russland im Dezember 2011 kann als Argument für beide Sichtweisen dienen. Auf der einen Seite wendeten die politischen Entscheidungsträger in Russland in den 2000er Jahren große Anstrengungen auf, um das politische Monopols zu festigen, indem sie sich auf die Hierarchie des Staatsapparates (»Vertikale der Macht«) und die dominierende Partei (»Einiges Russland«) stützten und die Innenpolitik des Landes vom Einfluss des Westens abschirmten. Auf der anderen Seite drängten die Aktionen der Staatsmacht, die auf eine systematische Marginalisierung der Opposition ausgerichtet waren, diese in ein politisches Ghetto. Die Spaltung der Oppositionellen in »Systemparteien«, die offiziell registriert sind, doch unter Kontrolle des Kremls stehen, und eine »außersystemische Opposition«, die aus dem politischen Prozess ausgeschlossen war, schwächte die Segmente der Opposition noch weiter.

Demontage des potemkinschen Dorfes?

Es zeigte sich jedoch, dass das Regime selbst nicht geschlossen und monolithisch genug war und die Veränderungen der politischen »Nachfrage« nicht berücksichtigten.

Das Verhältnis von Zuckerbrot und Peitsche, welches das Regime seinen Mitbürgern präsentierte, war unausgeglich. Außerdem war die Taktik der Wahlkampagne schlecht durchdacht. Bildhaft gesprochen kümmerte sich die russische Staatsmacht zu Beginn der Wahlkampagne um die Verschönerung der Fassade des »potemkinschen Dorfes« und richtete keine Aufmerksamkeit darauf, dass sich in den Wänden dahinter immer neue Risse auftaten. Man rechnete damit, dass durch den »umgekehrten Personalwechsel« mit der Rückkehr Putins in das Präsidentenamt, die Demontage der »potemkinschen« Fassade sich von selbst verstehen würde – da die Täuschung dann nicht mehr nötig sein würde. Diese Überlegung ließ jedoch außer acht, dass das »potemkinsche Dorf« von den Bürgern des Landes bewohnt war, deren Beseitigung im Rahmen der Demontage der »Fassade« (zum Beispiel durch Massenrepression) riskant war. Der Versuch, die Bevölkerung davon zu überzeugen, die Demontage freiwillig zu akzeptieren (zum Beispiel durch den Kauf ihrer Loyalität), wäre zu teuer geworden. Die Peitsche war ineffektiv, das Zuckerbrot, das angesichts der grenzenlosen Korruption ohnehin nicht ausreichte, blieb eine Versprechung.

In dieser Situation öffnete der Wahlkampf ein »window of opportunity« für die Opposition. Zu ihr stießen neue Personen, die der Staatsmacht eine Reihe von Überraschungen bereiteten. Der »außersystemischen Opposition« gelang es, durch »negativen Konsens« eine neue politische Identität zu gewinnen, durch »negativen Konsens« (unter dem Motto: »Stimme für wen auch immer, außer für »Einiges Russland!«) und einen Teil der ehemals dem Kreml loyalen »systemischen« Oppositionellen von »Gerechtes Russland« und der Kommunistischen Partei auf ihre Seite zu ziehen. Die Reaktion der Staatsmacht auf diese Prozesse war häufig unadäquat, das Regime erlitt bei jedem Schritt immer verheerendere Verluste. Die früheren Methoden garantierten nicht mehr die Kontrolle über den politischen Prozess im Land, und die Unterstützung für den *status quo* schwand.

Der Opposition gelang es nicht nur, aus dem »Ghetto« auszubrechen, sondern auch die Initiative an sich zu reißen und ihre Fähigkeit zur Kooperation und zur Mobilisierung der Massen gegen das Regime zu demonstrieren. Das Regime verlor die politische Unterstützung der »fortschrittlichen« Wähler (vor allem der jüngeren, gebildeten und begüterten Großstadtbewohner), seine politische Unterstützerbasis blieb das »periphere« Elektorat: Rentner, gering Gebildete und arme Bewohner der zurückgebliebenen Regionen. Obwohl diese Ereignisse nicht zu einem Regimewechsel führten, stellten sie eine ernsthafte Bedrohung dar und zwangen das Regime zu einer aktiveren und aggressiveren Taktik,

die ihm schlussendlich erlaubte, im Verlauf der Wahlen das gewünschte Resultat zu erreichen.

Die Tagesordnung für morgen

Das teilweise Scheitern des elektoralen Autoritarismus in Russland bestimmt die politische Tagesordnung heute und morgen. Der Misserfolg im Verlauf der Dumawahlen 2011 war keineswegs unausweichlich oder vorherbestimmt; im Gegenteil war er eine Folge der strategischen Fehler der herrschenden Gruppe. Die Überbewertung der Wirkung politischer Manipulation, die sich angesichts der bisherigen Erfahrungen eingestellt hatte, verführte das Regime, die Risiken zu unterschätzen, die eine Aktivierung des »fortschrittlicheren« Teils der Wählerschaft bedeutete. Die bekannte These des amerikanischen Politologen V. O. Key jr. »Wähler sind keine Dummköpfe« (»voters are no fools«), die bei der Analyse von Wahlen in Demokratien häufig zitiert wird, macht auch bei der Erforschung von Wahlen im elektoralen Autoritarismus Sinn. Dieser Leitsatz geht auf eine berühmte Äußerung Abraham Lincolns zurück, der erklärte, man könne wenige Menschen lange oder viele für kurze Zeit täuschen, doch niemals alle auf Dauer. Die russischen Wähler hätten noch einige Zeit ihre gleichgültige Haltung gegenüber den Manipulationen und Missbräuchen des Regimes beibehalten, wenn nicht die Opposition gewesen wäre, die die Fehler der herrschenden Gruppe rechtzeitig genutzt und effektive Instrumente zur Aktivierung und Mobilisierung ihrer Anhänger eingesetzt hätte. Allerdings erwies sich das Ressourcenpotential des Regimes als ausreichend, um die Mehrheit ihrer Anhänger zu halten und im März, wenn auch nicht ohne Mühe, die Herrschaft zu behaupten.

Bedeutet dieses Ergebnis die Rückkehr zur Situation vor den Wahlen? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, welche Schlüsse Regime und Opposition aus den Erfahrungen der Jahre 2011/12 ziehen. Für das russische Regime (wie auch für andere autoritäre Regime in der Welt), könnte die zentrale Lehre für die Zukunft die Erkenntnis sein, dass eine Libe-

ralisierung eine Gefahr für den Erhalt des *status quo* darstellt, was bedeutet, dass zur Aufrechterhaltung der Macht die »Daumenschrauben angezogen« werden müssen. Die jüngste Verschärfung der Strafen bei Verstößen gegen das Versammlungsgesetz sowie die Markierung aller Nichtregierungsorganisationen, die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, als »ausländische Agenten«, scheinen diesen Zielen zu dienen. Es ist jedoch schwer vorherzusagen, ob das Regime weiterhin erfolgreich die politischen Parteien und das Parlament zur Kooptation der »systemischen« Opposition nutzen kann und ob es gelingt, die »außersystemische« Opposition erfolgreich zu isolieren.

Was die Opposition betrifft, so sind die vor ihr liegenden Herausforderungen ungleich größer. Die Aufrechterhaltung des »negativen Konsens« gegen das bestehende Regime über einen langen Zeitraum und dessen Ausbau durch eine organisatorische Konsolidierung wird für die russische Opposition äußerst schwierig werden. Erschwert wird dies auch dadurch, dass das Regime nicht davor zurückschreckt, gegenüber seinen Gegnern eine Taktik des »Teile und Herrsche« anzuwenden. Nichtsdestoweniger war die Erfahrung der Protestmobilisierung in den Jahren 2011/12 nicht nutzlos, weder für die Opposition selbst, noch für die Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen ihrer Anhänger. Die Samen, die im vergangenen Winter auf den Protestveranstaltungen in Moskau und anderen Städten ausgesät wurden, werden auf jeden Fall Früchte tragen, wenn auch möglicherweise nicht in nächster Zukunft. Der Opposition spielt der Faktor in die Hände, dass die Einstellung der »fortschrittlicheren« Wähler über die Zeit auch an einen Teil des peripheren Elektorats weitergegeben und sich dadurch die potentielle Basis der Oppositionsanhänger vergrößern wird. Anders ausgedrückt, die Nachfrage der Staatsbürger nach Alternativen zum *status quo* wird zunehmen, und die Frage besteht darin, ob es der jetzigen russischen Opposition oder anderen politischen Akteuren gelingen wird, sie in den kommenden Jahren zu befriedigen.

Über den Autor:

Vladimir Gelman ist Professor an der Europäischen Universität in St. Petersburg.

KOMMENTAR

»Aufruhr« auf russisch oder legaler russischer Protest?

Dmitrij Oreschkin, Moskau

Zusammenfassung

Russland ist in Bewegung. Einer modernen Gesellschaft, in der das alte, sowjetisch geprägte Massendenken durch eine pragmatischere Wahrnehmung der Wirklichkeit ersetzt wird, steht die "Putinsche Korporation" gegenüber, deren ultimatives Bestreben der Machterhalt ist. Dieser Gegensatz birgt Konfliktpotential, zumal das Regime auf Grund eines sowjetisch geprägten Umgangs mit Protest eher auf Einschüchterung als auf Integration setzt. Doch auch für die Opposition stellen die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten in Russland und die Gegensätze zwischen Zentren und Peripherie eine große Herausforderung dar. Es ist davon auszugehen, dass der Protest bei Ausweitung aufs ganze Land seinen Charakter ändern und stärker soziale und materielle Ziele in den Vordergrund stellen wird.

Westliche Verwirrung

Der westliche Blick auf Russland heute erinnert an das Unverständnis in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg. Das »lange Telegramm« George Kennans war schon eingetroffen, und Winston Churchill hatte seine Rede in Fulton gehalten – die Vorzeichen des Eisernen Vorhangs waren schon deutlich erkennbar. Dennoch wollte keiner glauben, dass der gestrige Verbündete zum Feind geworden war.

Genau das gleiche erleben wir heute, natürlich in der »Version light«: Noch gestern gab es den »Reset«, pragmatische Projekte wie Nord- und South-Stream, Gespräche über die Abschaffung der Visapflicht und die rationalen Schritte zum WTO-Beitritt. Alles vorhersagbar im Rahmen eines rationalen Ansatzes – wenn schon kein Verbündeter, so doch ein solider und verlässlicher Partner. Muss man diese Vorstellung wirklich aufgrund der Ereignisse der vergangenen 6 bis 8 Monate über Bord werfen?

Eine Machtfrage

Es gibt einen »Checkpoint Charly«, an dem die westliche Ratio der sowjetischen und postsowjetischen Putinschen Ratio gegenübersteht, und das ist die Machtfrage. Wenn die Machtfrage geklärt ist und weiter keine Unruhe hervorruft, dann ist die Putinsche Strategie von Gelassenheit bestimmt – zumindest auf kurze Sicht. Der Rohstoffhandel, die auf korruptem Wege erkaufte Loyalität der Eliten, die akkurat berechnete Erhöhung der sozialen Standards, die Unterstützung der Stabilität: alles rational, alles makellos.

Wenn jedoch die Machtfrage gestellt wird, die in einer Rohstoffwirtschaft die Grundlage des wirtschaftlichen Wohlergehens der Elite ist, verschwindet die europäische Rationalität wie Schnee im Frühling, und eine Rationalität anderen Typs drängt sich nach vorn – die asiatische. Diese ist auch berechenbar und auf ihre Weise pragmatisch, löst jedoch eine andere Aufgabe. Eine aus Sicht des europäischen Beobachters irrationale: um jeden Preis die Kontrolle behalten! Selbst wenn es hierfür notwendig ist,

die Entwicklung aufzuhalten, die soziale Aktivität einzufrieren und die staatlichen Institute zu gefährden. Unter Bedingungen eines Rohstoff- und Petro-Staates, in dem die Macht die zentrale, bedingungslose und totale Priorität darstellt, ist dies auf ihre Weise logisch.

So ist der Charakter der Putinschen Elite, der noch aus den Zeiten der UdSSR und des KGB stammt. Von aussen ist es schwierig, den genauen Moment des Zielwechsels zu erkennen. Äußerlich hat sich fast nichts verändert, im Inneren arbeitet das System jedoch bereits nach anderen Regeln.

Das Problem besteht aber darin, dass der alte, sowjetische Machtapparat auf eine neue, postsowjetische Gesellschaft trifft. Die Staatsmacht selbst ist aber bei der Wahl ihrer Unterdrückungsinstrumente nicht mehr so frei. Dafür gibt es einige Gründe – die wichtigsten sind folgende: Transparenz bei Informationen (Internet), der Eintritt einer neuen, ungleich freier aufgewachsenen Generation von Russen ins Erwachsenenalter, das gewachsene Einkommensniveau und die gestiegene Lebensqualität der Staatsbürger. In der Summe führt all dies dazu, dass die sowjetische, kollektivistische Psychologie des »bescheidenen Schraubchens in der riesigen Staatsmaschine« durch eine Psychologie des individuellen Steuerzahlers abgelöst wird, der sich als Partner und teilweise sogar als Teilhaber an der Macht versteht.

Moderne Gesellschaft und Putins Korporation

Der Protest in Russland nimmt neue Inhalte und Töne an. Die Staatsmacht nimmt diesen jedoch weiterhin mit den Augen der 1970er Jahren wahr und fasst Demonstranten als Dissidenten, Abtrünnige und Verräter auf. Wenn sich etwas verändert hat, so allein die Rhetorik: statt »Söldner der Weltbourgeoisie« spricht man nun von »Agenten des US State Department«.

Die Kluft zwischen den neuen, soziokulturellen Anforderungen und dem alten politischen Inventar der Putin-Elite wird sich noch weiter vertiefen. Die Staats-

macht geht in ihrem nahezu marxistisch Dogmatismus davon aus, dass der soziale Protest durch die materielle Unzufriedenheit der Massen ausgelöst wurde. Dass die Protestaktionen in Moskau begannen, dem im sozialen Sinne am besten situierten und am weitesten entwickelten Gebiet in Russland, löst in der Staatsführung Ärger und Unverständnis aus. Zweifel an der Diagnose der Ereignisse führen zu einer Verunsicherung, was die angemessene Reaktion angeht. Wenn die Erhöhung der Lebensqualität dazu führt, dass der Widerstand wächst, muss man da möglicherweise zur Festigung der Macht die Lebensqualität senken?

In der Tat war dies unter Lenin und Stalin so. Eben deshalb benötigte die UdSSR einen mächtigen Apparat totaler Gewalt. Aus dessen Innersten sind die Schlüsselfiguren des Putinschen Managements hervorgegangen. Sie versuchen selbstverständlich jene in der UdSSR geschaffene, aus ihrer Sicht großartige korporative Kultur beizubehalten. Es liegt außerhalb ihrer Vorstellungswelt, dass bei normalen Entwicklungsbedingungen, in denen die Wirtschaft durch natürliche menschliche Interessen wächst, ein aufgeblasener Apparat zur Verfolgung, Unterdrückung und Gewalt (in den Begriffen Putins wird dies »Handsteuerung« genannt) zu einem Klotz am Bein wird.

Sich selbst für überflüssig zu erklären fällt schwer. Daraus erwächst der zweite, grundlegende Widerspruch: wenn eine modernisierte Wirtschaft die Dienstleistungen der Korporation nicht benötigt – um so schlimmer für die modernisierte Wirtschaft! Ausgehend von diesem Umkehrpunkt werden die krampfhaften Handlungen des Regimes verständlich und vorhersehbar: die Putinsche Korporation existiert nicht, um Russland zu schützen, zu entwickeln oder zu verbessern, Russland existiert im Gegenteil dafür, um die Putinsche Korporation zu ernähren und zu verwöhnen.

Auch dieser Konflikt wird sich verschärfen. Der kollektive Putin wird zur Last für die russische Wirtschaft, die russischen Steuerzahler und die russischen Regionen. Es ist eine andere Frage, wie viel Zeit nötig ist, diese traurige Perspektive zu erkennen und wann reale Kräfte auftreten, die fähig sind, die russische Politik im Interesse einer, im europäischen Verständnis, normalen Entwicklung umzusteuern.

Hier gibt es keine Klarheit und kann es auch keine geben. Die Ökonomen sind es leid, von der verderblichen Abhängigkeit vom Ölpreis zu sprechen. Theoretisch wird dies auch in der Staatsführung verstanden. Davon zeugt die breite Modernisierungsrhetorik Dmitrij Medwedews. Und was bringt's? Die sowjetische Elite ging auch unter, begleitet von lautstarken Reden über die Einführung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution in die Praxis des sozialisti-

schen Aufbaus. Das Ergebnis ist bekannt: die Modernisierungsbemühungen Michail Gorbatschows führten zum Zusammenbruch der Staatsmaschine.

Die Putinsche Elite hat sich die negative Erfahrung Gorbatschows nur in einem Sinne zu eigen gemacht: für ihren Staat ist Liberalisierung verderblich. Dies bedeutet erneut: um so schlimmer für die Liberalisierung. Geht man davon aus, ist es leicht, die Handlungen des Staates in den kommenden Monaten und Jahren vorauszusehen. Wir treten in eine Zeit ein, in der die Daumenschrauben angezogen werden. Von der unversöhnlichen Position in der Syrienfrage bis hin zur Anprangerung von Nichtregierungsorganisationen als feindliche Agenten.

Konsequenzen für den Protest

Was bedeutet das für den in den Hauptstädten anwachsenden systemischen Protest? Erstens muss man verstehen, dass dies erst der Anfang des Prozesses ist. Überstürzte Hoffnungen von »Revolutionären« vom Schlage Eduard Limonows, die ernsthaft die Erstürmung des Kremls und der Zentralen Wahlkommission diskutieren, sind offensichtlich haltlos. Das, was auf den Straßen in Moskau geschieht, unterscheidet sich prinzipiell vom libyschen, tunesischen oder ägyptischen Szenario. Die demographische, soziokulturelle und ökonomische Situation ist in Russland eine völlig andere. Auch ähnelt diese kaum dem »orangenen« Szenario nach ukrainischem Muster aus dem Jahr 2004, das wiederum an die Ereignisse in Moskau im Jahr 1991 erinnerte, als sich eine deutliche Spaltung innerhalb der Eliten herausbildete, die unterschiedliche Vorstellungen über die weitere Entwicklung hatten. Die Straßenproteste waren dabei nur ein Argument im Kampf der einen Gruppe gegen die andere. Im heutigen Russland ist es noch nicht zu einer Spaltung der Eliten gekommen, darum bleibt der gesellschaftliche Widerstand der Moskauer und St. Petersburger bodenständig, partikulär und gewinnt keinen ausreichenden Einfluss auf dem politischen Schachbrett.

Zweitens braucht es Zeit, die innovative Stimmung von den großstädtischen Zentren in weitere Großstädte und dann über das ganze Land auszubreiten.

Drittens sucht und findet der Protest bei der Ausbreitung in die Tiefen des Landes neue Formen, Losungen und neue Anführer. Moskau demonstrierte die Unzufriedenheit einer fortschrittlichen und relativ gut situierten Bevölkerungsschicht. Die Forderungen der Demonstrationsteilnehmer drehten sich nicht um Löhne, Renten und soziale Sicherung. Auf der Tagesordnung standen Fragen der Wahlfälschungen, der allgegenwärtigen Korruption und der Unfähigkeit der Staatsmacht, die Gesetze und Rechte der Staatsbürger einzuhalten. Es war ein Protest jener Bürger, die sich um ihr eigenes Wohl-

ergehen kümmern können – so lange die Staatsmacht ihre gesetzlichen Rechte und Interessen nicht verletzt.

In der Provinz stehen viel einfachere Fragen auf der Tagesordnung: Hier wird die Staatsmacht weiterhin als Quelle der Existenzsicherung und anderer Wohltaten angesehen. Forderungen nach Lohnerhöhung sind hier realistisch und verführerisch. Die Frage nach den Rechten der Staatsbürger ist dagegen viel zu schwammig.

Das Moskauer Beispiel ist für die Provinz insofern interessant, weil man, wie es scheint, auf die Straße gehen kann, ohne dass einem etwas passiert (oder zumindest fast nichts). Worum es bei den Versammlungen geht, ist dagegen von geringem Interesse. In den Weiten Russlands kommt ein anderes Signal an: öffentlicher Protest ist möglich. Im Vergleich zur sowjetischen Mentalität ist dies eine echte Revolution des Denkens.

Die Einstellung zu den Protesten

Das Lewada-Zentrum, ein führendes soziologisches Institut in Russland, veröffentlichte gerade erst ein widersprüchliches, für eine Übergangsgesellschaft jedoch organisches Bild. 62 % der Befragten gehen davon aus, dass die massenhaften Hausdurchsuchungen mit der Angst der Eliten vor einem Anwachsen der Protestaktivitäten verbunden sind. Darüber hinaus stimmen viele der Befragten darin überein, dass die Repressionen eher von einer Schwäche als einer Stärke der Staatsmacht zeugen (45 % gegenüber 38 %). Diese löst alles in allem Verärgerung aus. Mit der Bezeichnung »Partei der Diebe und Gauner« der Partei »Einiges Russland« sind 42 % der Befragten einverstanden (dagegen sprechen sich 40 % aus). Zudem wird Putin in Zusammenhang mit der als unsympathisch empfundenen Staatsmacht gebracht. Auf konkrete Personalien angesprochen zeigt sich jedoch, dass 56 % der Befragten mit einer Ablösung Putins nicht einverstanden sind! Als wäre dies nicht schon schlimm genug – die Befragten sehen keine Alternative zu ihm.

Im Bewusstsein der Massen liegen die Anführer der Protestbewegung weit abgeschlagen hinter Wladimir Putin. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass ihre Namen durch die staatliche Propaganda erfolgreich diskreditiert wurden. Sie werden ernsthaft als Einflussagenten feindlicher äußerer Kräfte wie der USA, NATO und des Westens insgesamt wahrgenommen. Das sowjetische System der propagandistischen Zuschreibung ist in den vergangenen 10 bis 12 Jahren erfolgreich wieder aufstanden und äußert effektiv. Zudem sind die Namen der Oppositionsführer im Bewusstsein der Bürger fest mit den krisenhaften 1990er Jahren verbunden – und damit desavouiert.

Die Menschen sind von der Wirksamkeit der Proteste nicht sehr überzeugt und daher nicht bereit an

diesen teilzunehmen. Eine Bereitschaft, sich aktiv an Protestaktionen zu beteiligen, geben unterschiedlichen Erhebungen zufolge um die 10 % der Bevölkerung zu Protokoll. Dabei ist eine stille Aushöhlung des sowjetischen Systems des »Pseudo-Kollektivismus« festzustellen: Unter den Grundwerten ist das Thema der »Interessen des Landes« kaum wahrnehmbar (6 %), dagegen dominieren Werte wie Familie, Verwandte und Freunde (69 %). Hierbei geht es offensichtlich um eine neue, »atomisierte« Struktur des gesellschaftlichen Bewusstseins, dem ein Verständnis für Solidarität fehlt. Vor diesem Hintergrund ist die Enttäuschung über die Idee des starken Staates verständlich. Denn dieser offeriert kollektive Sicherheit, kollektive Wohlstandssteigerung und kollektive Arbeit zum Wohle des Kollektivs. Und darum werden die Proteste in der Hauptstadt aus einer Konsumentenhaltung heraus betrachtet, als eine Art Show, vor deren Beginn erst einmal ein Popcornvorrat angelegt werden sollte. 49 % der Befragten gehen davon aus, dass die protestierende Intelligenz »verpflichtet ist, das Volk vor der Unterdrückung durch die Staatsmacht zu schützen.« Selbst sind sie jedoch zu sehr mit eigenen Angelegenheiten beschäftigt, um die Protestierenden zu unterstützen. Sie haben keine Zeit, auf der Straße den Affen zu machen.

Provinz versus Moskau

Gegen die Proteste wirkt zudem noch die aus Sowjetzeiten erhalten gebliebene Ablehnung des »großen Russlands« gegenüber Moskau als privilegiertes und darum der Mehrheit fremdes Gebiet aus. Der Begriff »Moskowiter« wird in der Provinz als Etikett irgendeiner goldenen Klasse oder Kaste aufgefasst – fast wie das Wort »Bourgeois« im Ohr des »wahren Proletariats«.

Indessen verwandelte sich Putin im Verständnis der öffentlichen Meinung rasch von einem »Präsidenten der Hoffnung« (der die Ordnung herstellt, die Gesetzlichkeit wiedereinführt und Gerechtigkeit schafft) in einen »Präsidenten der Verzweiflung« – der verständlicherweise keine Begeisterung auslöst (teilweise, da er auch aus der »goldenen Kaste« stammt). Doch alle übrigen Personalien lösen noch weniger Begeisterung aus. Und wer sind die Übrigen? Die kommen auch aus Moskau...

Auf dem Weg in die Provinz steht dem Protest eine Transformation sowie die Herausbildung einer neuen Sprache mit konkreten, den Massen verständlichen Forderungen bevor. Dies ist ein weiter Weg mit unzähligen Abzweigungen. Moskau generiert einen »rechten« Protest, die Provinz will jedoch einen »linken«. Offensichtlich verbirgt sich auch hier einer der Unterschiede zwischen der alten und neuen politischen Massenkultur. In vergangenen Zeiten nahm die Provinz Veränderungen in Moskau als etwas ebenso fremdes wie unausweichli-

ches auf. An die Stelle der alten Nomenklatur in Moskau trat Gorbatschow? In Ordnung, vielleicht erleichtert er unser Leben. Jelzin? Auch einverstanden – das Land braucht Veränderungen. Putin? Sehr gut, es ist schon lange an der Zeit, Ordnung zu schaffen...

Heute ist die Situation jedoch eine andere. Moskau – das ist entferntes politisches Theater. Wir aber wohnen hier, und uns interessiert mehr, was bei uns passiert. Es nützt nichts, auf Verbesserungen aus dem Zentrum zu warten. Sie feiern dort ihre Hochzeit, auf der Nawalnyj und Nemzow aus irgendeinem Grund mit Putin raufen, wir haben aber unsere eigene Hochzeit. Unsere Korruption und unsere Gesetzlosigkeit. Wenn sie nur zu uns kämen und alle Diebe und Gauner ins Gefängnis stecken würden – wir wären ihnen dankbar. Sie kommen aber nicht! Und unser Leben selbst zu organisieren kam uns bisher noch nicht in den Sinn... Das können wir nicht, und dazu fehlen uns zudem die Mittel. Wenn man sich versammeln würde, um von den Eigentümern der lokalen Fabriken eine Gehaltserhöhung zu fordern oder von der lokalen Bürokratie die Ausbesserung der Straßen – das wäre löblich. Wir sind aber nicht Moskau. Bei uns gibt es noch nichts.

Und wann ist es mit diesem »noch nicht« vorbei? Nicht, bevor das »Große Russland« erkennt, dass es aus kleinen Gebieten besteht, in denen auch eine Staatsmacht agiert, die der Bevölkerung gegenüber verantwortlich ist (genauer gesagt sein sollte). Bis jetzt ist dies noch nicht zu sehen. Eher beobachten wir eine langsame Aushöhlung des einheitlichen und autoritären Massendenkens und dessen Ersetzung durch eine konkretere und pragmatischere Wahrnehmung der Wirklichkeit. Das bedeutet, dass unter dem Fundament der Putinschen »Vertikale« ein von außen nicht erkennbares Bächlein plätschert, das den Monolith der obersten Staatsgewalt allmählich aushöhlt. Abhängig vom lokalen soziokulturellen Substrat verläuft dieser Prozess in sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Bewegung in den Regionen

Die Regionalwahlen in Jaroslawl, das sich schon immer durch eine stabile, städtische Tradition des Freiden-

kertums auszeichnete, gewann der »nicht-systemische« Bürgermeister Jewgenij Urlaschow. Bei ähnlichen Wahlen im deutlich konservativeren Astrachan wurde der Wahlsieg bei groben Verletzungen des Wahlgesetzes dem Protegé von »Einiges Russland«, Michail Stoljarow (60 %), zugesprochen. Sein populärer Gegenkandidat Oleg Schein (30 %), von der Partei »Gerechtes Russland« sammelte eine riesige Anzahl an Beweisen über grobe Verstöße bei der Organisation der Wahl und der Auszählung der Stimmen – die Beweise wurden jedoch von der lokalen Wahlbehörde und den Justizbehörden demonstrativ ignoriert. Der folgende Hungerstreik durch Schein und seine Anhänger machte aus Astrachan einen ganzen Monat lang ein regionales Zentrum politischer Aktivität – die jedoch nicht von juristischem Erfolg gekrönt war.

Die Bürgermeisterwahlen in den sibirischen Großstädten Krasnojarsk und Omsk wurden durch die rekordverdächtig niedrige Wahlbeteiligung von 21 % bzw. 17 % entschieden. In beiden Fällen gewannen die Vertreter von »Einiges Russland«. Die »Abstimmung mit den Füßen« zeigte jedoch, dass die Enttäuschung unerschwellig in die urbanen Zentren des Landes vordringt. Der Protest ist noch passiv, im Anfangsstadium seiner Entwicklung. Seine Unumkehrbarkeit ist jedoch offensichtlich. Die Frage ist nun, wie schnell er sich entwickelt.

Ausblick

Die »Putinsche Stabilität« wird sich bei einem solchen Verlauf der Ereignisse kaum noch mehrere Jahren halten können. Vor diesem Hintergrund reagiert die Staatsmacht wie sie es kann – mit dem Versuch, dass sowjetische System der totalitären Einschüchterung zu reanimieren. Allerdings wird dies den Prozess der Delegitimisierung nur noch weiter vorantreiben. Im Oktober, wenn sich an einem einheitlichen Wahltag vier Gouverneure, eine ganze Reihe regionaler Gesetzgebungsorgane und Stadtversammlungen dem Wahltest unterziehen, wird die Artikulierung des Protests von unten noch deutlicher ausfallen.

Über den Autor

Wladimir Oreschkin ist Politologe, Gründer der Mercator Analytical Group in Moskau und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften. Er war lange Zeit Mitglied des Rats zur Förderung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation, den er im Mai 2012 aus Protest verließ.

Die russische Presse zur geplanten Verschärfung des Gesetzes über »nichtkommerzielle Organisationen«

Die russische Staatsduma verabschiedete am 6. Juli in erster Lesung eine Gesetzesnovelle, wonach beim russischen Justizministerium ein spezielles Register für Organisationen eingeführt werden soll, die »als ausländische Agenten agieren«. Organisationen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten und sich politisch betätigen, müssen in Zukunft öffentlich die Bezeichnung »ausländischer Agent« führen. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzesvorhabens sind für den 13. Juli geplant, damit der Föderationsrat das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschieden kann. Das Gesetz sieht vor, dass sich Nichtregierungsorganisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, innerhalb von 90 Tagen in dem neu geschaffenen Register registrieren und dadurch anderen Verpflichtungen als die übrigen NGOs unterworfen sind. Zum Einen müssen sämtliche Materialien der Organisationen den Vermerk »NGO – in Funktion eines ausländischen Agenten« führen – bei Zuwiderhandlung droht eine Strafe von 500.000 bis eine Million Rubel (ca. € 12.000–25.000). Zum Zweiten müssen diese NGOs zweimal im Jahr (alle übrigen NGOs nur jährlich) eine Finanzabrechnung vorlegen und jährlich eine Steuerprüfung sowie eine externe Wirtschaftsprüfung vornehmen lassen. Die Verletzung dieser Vorschrift hat eine Strafe von 200.000–300.000 Rubel (ca. € 5.000–7.400) oder gar eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren und die Schließung der NGO zur Folge.

Die Definition der »politischen Tätigkeit« ist in dem Entwurf der Gesetzesänderung sehr breit ausgelegt: »die Beteiligung an Organisation und Durchführung von politischen Aktionen zur Beeinflussung der Entscheidungsfindung von Staatsorganen und der Bildung einer öffentlichen Meinung zu diesem Zwecke« (Artikel 2). Hierunter lassen sich nicht nur die Arbeit von Menschenrechtlern oder Wahlbeobachtern zusammenfassen, sondern auch Aktionen von Umweltschützern, wissenschaftliche Forschungen oder gar die Unterstützung sozial Benachteiligter.

Ein Abgeordneter der Regierungspartei »Einiges Russland« merkte zu der Gesetzesinitiative an, dass diese eine direkte Antwort auf das in den USA verhandelte Gesetz über das Einreiseverbot gegen russische Staatsbürger ist, die mit dem Tod des Anwalts Sergej Magnitskij in Verbindung stehen sollen. Viele Elemente der Gesetzesnovelle sind dem amerikanischen Gesetz »Zur Registrierung ausländischer Agenten« aus dem Jahre 1938 entnommen. Der Gesetzesentwurf richtet sich zudem im Wesentlichen gegen die USA als Hauptfinanzier russischer NGOs.

Die Meinungen zu dieser Gesetzesnovelle gehen deutlich auseinander. Im Folgenden sollen einige Kommentare zu dieser Initiative angeführt werden.

Alexander Sidjakin, Duma-Abgeordneter von »Einiges Russland« und Co-Autor dieses Gesetzesentwurfs sowie des erst vor wenigen Wochen im Schnellverfahren verabschiedeten Gesetzes zur Verschärfung des Versammlungsgesetzes:

»Das Gesetz ist darauf ausgerichtet, die Staatsbürger zu schützen und deren Rechte zu achten. Damit die Menschen verstehen können, wer konkret zur Beeinflussung der politischen Situation im Lande aufruft – unsere Zivilgesellschaft oder ausländische Agenten. [...] Es ist offensichtlich, dass in Russland ein ganzes Netz von Nichtregierungsorganisationen agiert, deren bezahlte Tätigkeit Misstrauen gegenüber den spezifischen Zielen ihrer Auftraggeber hervorruft.

Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten – entweder Mutmaßungen anzustellen und sich über die millionenschweren Tranchen des US State Departement zur angeblichen Demokratieförderung zu empören, oder die ausländischen Agenten zu legalisieren und diese eindeutig als Interessenvertreter eines anderen Staates zu verstehen.«

In: Alexander Michailow und Tamara Schkel: Wsjo, kak w Amerike, in: Rossijskaja Gaseta, 02.07.2012, <http://www.rg.ru/2012/07/02/organizacii.html>.

Irina Jarowa, Vorsitzende des Duma-Komitees für Sicherheit:

»Wenn es um die Tätigkeiten von NGOs geht, die als ausländische Agenten auftreten und politischer Tätigkeit nachgehen, so ist es vollkommen logisch, dass hierbei eine angemessene gesellschaftliche Kontrolle existieren muss.«

In: Nekommertscheskim propisali organizaziju, in: Kommersant, 29.06.2012, <http://www.kommersant.ru/doc/1969357>.

Michail Starschikow, Abgeordneter von »Einiges Russland«, Co-Autor des Gesetzesentwurfs sowie Vorsitzender der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit den Sicherheitsorganen und Geheimdiensten:

»An dem Begriff »ausländischer Agent« ist an sich nichts Verwerfliches – dieser bezeichnet keineswegs einen Spion, wie von einigen behauptet. Hierbei handelt sich allein um eine Rechtsdefinition. Und in gewisser Hinsicht ist sie sogar ein »Plagiat«. Ähnliche Gesetze existieren schon seit langem in entwickelten Demokratien.«

In: Tamara Schkel: Agent – eschtscho ne schpion, in: Rossijskaja Gaseta, 04.07.2012, <http://www.rg.ru/2012/07/04/nko.html>.

Nikolai Lewitschew, Stellvertretender Sprecher der Fraktion »Gerechtes Russland«:

»Eine solche Initiative könnte man als einen unangebrachten Witz aus der Epoche des Kalten Krieges auffassen«.

In: Anastasija Kornja, Maxim Glikin und Natalja Kostenko: Begom sa schpionami, in: Wedomosti, 02.07.2012, http://www.vedomosti.ru/newspaper/article/283481/begom_zh_shpionami.

Boris Altschuler, Vorsitzender der Organisation »Recht des Kindes«:

»Das Bild des äußeren Feindes, die massenhafte »Aufdeckung ausländischer Agenten, die vom Schwert der sowjetischen Rechtsprechung bestraft wurden« – all dies ist die Wirklichkeit der sowjetischen totalitären Vergangenheit«.

In: Nikita Girin und Diana Chatschatrjan: Krjutschkotworzy, in: Nowaja Gaset, 04.07.2012, <http://www.nowayagazeta.ru/politics/53360.html>.

Pawel Tschikow, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation »AGORA«:

»Es läuft darauf hinaus, dass die NGOs eigene Untersuchungen anstellen und die Finanzquellen jedes ihrer Spender aufklären müssen. [...] Folglich ließe sich auch die Bewegung »Naschi/Die Unseren« als ausländischer Agent klassifizieren, wenn sich herausstellen sollte, dass die sie finanzierenden Unternehmen über ausländisches Kapital verfügen. Als »verbotene« Finanzierung gilt auch »anderes Eigentum«, viele Organisationen erhalten jedoch kostenlose Software von Microsoft. [...] Je mehr Organisationen dem Register der ausländischen Agenten beitreten, desto geringer ist sein Effekt. Die Initiative selbst ist zweifellos gegen einige wenige Organisationen gerichtet, die der russischen Staatsmacht am meisten Sorgen bereiten. [...] De facto nähren die schwammigen Formulierungen des Gesetzes die Vermutung, dass alle russischen NGOs ausländischem Einfluss unterliegen«.

In: Nikita Girin und Diana Chatschatrjan: Krjutschkotworzy, in: Nowaja Gaset, 04.07.2012, <http://www.nowayagazeta.ru/politics/53360.html>.

Jelena Topolewa, Mitglied der Gesellschaftskammer und Leiterin der »Agentur für soziale Information«:

»Wenn eine Organisation heute die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt, da sie diese für absurd hält, so kann diese auf gesetzlicher Grundlage, sobald sie der Staatsmacht unbequem wird, geschlossen, bestraft oder hinter Gitter gebracht werden. Das schwarze Etikett »ausländischer Agent« bedeutet eine Schuldvermutung, ein »Agent ausländischen Einflusses« wird in der russischen Sprache mit einem Spion gleichgestellt, und Spionen will keiner helfen.«

In: Nikita Girin und Diana Chatschatrjan: Krjutschkotworzy, in: Nowaja Gaset, 04.07.2012, <http://www.nowayagazeta.ru/politics/53360.html>.

Jelena Panfilowa, Vorsitzende von Transparency International – Russland:

»Wenn es die Gesetzgeber für notwendig erachten, mir das Markenzeichen »Kämpferin gegen die Korruption« auf die Stirn zu setzen und in den Pass den Stempel »Spion«, was solls, ich gebe meinen Pass ab, mache das weiter, an das ich glaube, und pfeife dabei »Kalinka«. Mir tun nur meine jungen Kollegen sehr leid, die alles tun, was sie können, damit die Korruption in Russland zurückgeht, und die statt Dank noch Beleidigungen ernten.«

In: Nikita Girin und Diana Chatschatrjan: Krjutschkotworzy, in: Nowaja Gaset, 04.07.2012, <http://www.nowayagazeta.ru/politics/53360.html>.

Michail Fedotow, Vorsitzender des Rates für Menschenrechte und die Entwicklung der Zivilgesellschaft beim russischen Präsidenten:

»Dies ist eine schlechte Kopie des amerikanischen NGO-Gesetzes. Wenn ausländische Gelder auf den Konten der NGOs unter Kontrolle gebracht werden sollen – so ist dies unter den aktuellen Gesetzen schon vorgesehen. Wenn die Einmischung von NGOs in die Politik eingeschränkt werden soll – so widerspricht dies der Verfassung.«

In: Irina Gordenko: Prawosaschtschitnikow sprosoli?, in: Nowaja Gaset, 04.07.2012, <http://www.nowayagazeta.ru/politics/53358.html>.

Zusammenstellung, Einführung und Übersetzung aus dem Russischen: Christoph Laug.

Erklärung des Komitees für Bürgerinitiativen

Das Komitee für Bürgerinitiativen erklärt seine Kritik zu einem weiteren hastig eingebrachten und mit aller Eile durch die Staatsduma getriebenen Gesetzentwurf, der gesellschaftliche Aktivität einschränken soll. Die Rede ist vom Gesetzentwurf Nr. 102766-6, der bestimmten nichtkommerziellen Organisationen den Status von »ausländischen Agenten« zuschreibt. Eine Annahme des Entwurfs würde bedeuten, dass sozial ausgerichtete Organisationen in Russland ihre Tätigkeit einstellen, da durch eine buchstäbliche Auslegung der Gesetzesbestimmungen nicht nur Menschenrechtsorganisationen als »ausländische Agenten« eingestuft und mit diskriminierenden Maßnahmen überzogen werden können, sondern auch viele russische Hochschulen, Kinderhilfsorganisationen und Medien.

In der modernen Welt haben Prozesse gesellschaftlicher Entwicklung einen globalen Charakter: wissenschaftliche Entwicklungen, charitative Hilfe, die Schaffung von Kunstwerken und der Schutz der Menschenrechte in den verschiedenen Ländern sind eng miteinander verflochten, reichen über Grenzen hinweg und sind Gegenstand internationaler Abkommen. Fördermittel ausländischer Sponsoren und internationaler Institutionen oder Organisationen werden in Russland intensiv genutzt, beispielsweise durch Institute der Russischen Akademie der Wissenschaften, die Universitäten Moskau und St. Petersburg, die Stiftung »Schenke Leben« von Tschulpan Chamatowa und durch Bildungsorganisationen der Russisch-Orthodoxen Kirche. Die absolute Mehrheit der sozialen Projekte, die mit Hilfe ausländischer Förderung umgesetzt wurden, verfolgen keine politischen Ziele und sind für die Gesellschaft von äußerst großem Nutzen. Die abtgleichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs würden viele gute Initiativen an der Wurzel kappen.

Das Konzept des Gesetzentwurfs Nr. 102766-6 ist auf Begriffsschwindel gegründet. Nicht Personen, die gegen Entlohnung Anweisungen eines ausländischen Nutznießers (Auftraggebers) ausführen, werden als »ausländische Agenten« bezeichnet – dieser Stempel wird allen nichtkommerziellen Organisationen aufgedrückt, die auch nur zu irgendeinem Teil mit ausländischen Mitteln finanziert werden (und seien es Mittel, die durch russische Bürger bei einer internationalen Ausschreibung eingeworben wurden oder etwa solche, die von einem wohlthätigen Ausländer zur Heilung kranker Kinder bereitgestellt wurden).

Im Kontext der russischen politischen Traditionen trägt der vorgelegte Gesetzentwurf für die sehr große Zahl russischer NGOs und deren Mitarbeiter bewusst beleidigende Züge.

Jedenfalls gerät eine neue Brandmarkung dieser Art zu einem weiteren Schritt bei der Herausbildung eines Feindbildes in unserer Gesellschaft, in einer Gesellschaft, die sich ohnehin in einem sehr unruhigen Zustand befindet.

Wenn im föderalen Gesetz »Über politische Parteien« unter Beteiligung am politischen Leben die »Bildung und der Ausdruck des politischen Willens, die Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Aktionen sowie an Wahlen und Volksabstimmungen« verstanden wird, so führt der neue Gesetzentwurf den sehr weiten und schwammigen Begriff der »politischen Tätigkeit« ein. Hierunter fällt praktisch jeder Versuch, an der Entwicklung der Praxis in Staat und Politik sowie an einer entsprechenden Bildung der öffentlichen Meinung teilzuhaben. Daher können als politische Tätigkeit unter anderem Aufrufe gewertet werden, »die auf eine Änderung der staatlichen Politik gerichtet sind«, Forderungen etwa nach dem Bau von Rollstuhlrampen oder der Einrichtung von speziellen Hilfen für HIV/AIDS-Infizierte.

Dem Text des Gesetzentwurfes zu Folge können alle nichtkommerziellen Organisation – staatliche oder kommunale Einrichtungen nicht ausgeschlossen –, die von ausländischen Quellen, staatenlosen Personen oder internationalen Institutionen und Organisationen Geld erhalten, als »ausländische Agenten« eingestuft werden. Das Absurde der Bestimmungen wird dadurch deutlich, dass selbst die Abteilung Gerichte beim Obersten Gerichtshof Russlands, die mit diversen nichtkommerziellen Organisationen bei der Erschließung von Weltbank-Geldern zur Gewährleistung des Zugangs zu den Gerichten und der Offenheit von Gerichtsentscheidungen zusammenarbeitet, als »ausländischer Agent« eingestuft werden kann. Das Gleiche gilt für diejenigen Organisationen, die von der UNESCO als internationaler Organisation mit kulturpolitischem Einfluss Gelder erhalten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Verweis auf die Erfahrungen in entwickelten Ländern, die in die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes eingeflossen seien, nicht haltbar ist. Das 1938 in den USA zur Bekämpfung von NS-Propaganda verabschiedete FARA (Foreign Agents Registration Act), das von den Autoren des russischen Gesetzentwurfs als Beispiel angeführt wird, reguliert die Tätigkeit von Personen, die tatsächlich Agenten einer ausländischen Einflussnahme sind, die also nicht nur durch finanzielle Unterstützung aktiv sind, sondern »auf Befehl, im Auftrag oder unter der Leitung oder Kontrolle eines ausländischen Auftraggebers« (§ 611 Abs. c Nr. 1 United States Code – U.S.C.). Dort wird davon ausgegangen, dass der Agent mit dem ausländischen Nutznießer nicht nur die Ausführung eines Auftrags konkret verabredet, sondern von diesem auch Informationen über »die Art des Geschäfts oder anderer Betätigung des ausländischen Auftraggebers« erhält (§ 612 Abs. a Nr. 3 U.S.C.), sowie darüber, wer diesen »Auftraggeber« »besitzt oder kontrolliert«. Dem russischen Gesetzentwurf zu Folge werden jedoch als »ausländische Agenten« selbst

jene eingestuft, die nur sehr wenig über ihre ausländischen »Nutznießer« wissen, beispielsweise, wenn eine Organisation offen Mittel zur Rettung eines Kindes einwirbt und auf ihrem Konto Gelder von unbekannten ausländischen Bürgern eingehen. Sind diese Gelder über mehrere Konten gelaufen, könnte die Empfängerorganisation möglicherweise nicht einmal eine Ahnung von der ausländischen Herkunft dieser Mittel haben.

Es ist ein wichtiges Prinzip des FARA, dass sich eine Person selbst als ausländischer Agent zu identifizieren hat. Daher wird als solcher eine Person angesehen, die »behauptet oder vorgibt, als Agent eines ausländischen Auftraggebers tätig zu sein« (§ 611 Abs. c Nr. 2 U.S.C.). Um die Registrierung von »selbsternannten« Agenten zu verhindern, verlangt das FARA allerdings die Vorlage »aller schriftlichen Vereinbarungen sowie die Einzelheiten und Bedingungen aller mündlichen Abmachungen [...] eine umfassende Beschreibung der Umstände, durch die der Antragsteller ein Agent eines ausländischen Auftraggebers ist« (§ 612 Abs. a Nr. 4 U.S.C.). Die Autoren des Gesetzentwurfs Nr. 102866–6 nötigen die russischen nichtkommerziellen Organisationen zur Selbstbezeichnung: Sie sollen sich unter Androhung strenger Sanktionen ungeachtet ihrer wahren Zwecke und ihres tatsächlichen Status zu »ausländischen Agenten« erklären. Und dies unter anderem, bevor die »politische« Tätigkeit aufgenommen und ausländisches Geld empfangen wird.

Im Unterschied zum russischen Gesetzentwurf formuliert das FARA ein klares Verzeichnis aller, die nicht als Agenten für ausländischen Einfluss gelten können. Dies sind unter anderem Organisationen aus den Bereichen Religion, Forschung, Wissenschaft und Kunst (§ 613 Abs. e), Organisationen, die in der juristischen Praxis (§ 613 Abs. g) oder im Handel tätig sind (§ 613 Abs. d), sowie Medien, falls deren Leiter und mindestens 80 % der Besitzer US-Bürger sind (§ 611 Abs. d).

Und wenn in dem viele Seiten umfassenden FARA alle Anforderungen detailliert beschrieben und die Begriffe definiert sind, so enthält der in die Staatsduma eingebrachte Gesetzentwurf eine Vielzahl schwammiger und zweideutiger Bestimmungen. Allein die beispiellosen Kontrollbefugnisse der staatlichen Behörden werden klar beschrieben. So wären etwa die zuständigen Behörden berechtigt, ohne Gerichtsbeschluss die Tätigkeit einer nichtkommerziellen Organisation für 6 Monate zu untersagen oder sie aus verschiedenen Anlässen einer außerordentlichen Prüfung zu unterziehen.

Anlass zu schlimmsten Befürchtungen geben die straf- und verwaltungsrechtlichen Sanktionen, die der Gesetzentwurf für Zuwiderhandlungen gegen die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« vorsieht. Die Formulierungen, die die Grundlage für die relativ strengen Sanktionen bilden, sind unbestimmt und ermöglichen eine willkürliche Anwendung. So gilt etwa Folgendes als Straftat: eine böswillige Missachtung der Pflichten, die sich aus der Gesetzgebung zu ausländischen Agenten ergeben, die also durch den Gesetzentwurf eingeführt werden sollen; eine ebensolche Missachtung aller Pflichten, die durch die Gesetzgebung über nichtkommerzielle Organisationen festgelegt sind, und die Gründung von nichtkommerziellen Organisationen, deren Tätigkeit damit verknüpft ist, die Bürger zur Missachtung ihrer Bürgerpflichten oder zu anderen rechtswidrigen Taten zu bewegen. Es ist offensichtlich, dass alle möglichen Formen von Protest oder Menschenrechtsarbeit einer nichtkommerziellen Organisation unter derlei Bestimmungen gefasst werden können. Die vorgesehenen Geldstrafen – 500.000 bis 1.000.000 Rubel für Organisationen und 300.000 bis 500.000 Rubel für deren Leiter – würden in den meisten Fällen die Schließung der Organisation und für die Leiter eine Aufgabe der weiteren Tätigkeit bedeuten. Somit öffnet dieser Gesetzentwurf einer Rückkehr in jene Zeiten die Tore, als man »mit Hilfe« einer erweiterten Gesetzesauslegung für jedwedes gesellschaftliches Engagement im Gefängnis landen konnte.

Wir streiten nicht ab, dass eine rechtliche Regulierung der Tätigkeit von Subjekten gebraucht wird, die in Russland die Interessen von ausländischen Regierungen, Staatsbürgern oder Organisationen vertreten. Eine solche Tätigkeit stellt jedoch eine Variante von Lobbyarbeit dar, und deren gesetzliche Regulierung wird nur dann möglich sein, wenn Lobbyismus in zivilisierte rechtliche Rahmen überführt wird. Eine solche Aufgabe lässt sich nicht in den wenigen Tagen lösen, die den Gesetzgebern bis zur Sommerpause verbleiben. Sie verlangt Zeit, Konsolidierung der gesellschaftlichen Kräfte und die Schaffung eines verlässlichen intellektuellen Fundaments.

Der in die Staatsduma eingebrachte Gesetzentwurf Nr. 102766–6 basiert jedoch auf der zweifelhaften Idee, dass die Politik des Staates Vorrang hat. Gegenüber gesellschaftlicher Aktivität, die diese Politik zu verändern oder zu beeinflussen versucht, ist demnach nicht nur strenge Kontrolle vonnöten, sondern auch beschränkende oder gar ausgrenzende Maßnahmen. Ein solcher Ansatz widerspricht ganz eindeutig dem in Artikel 13 der russischen Verfassung festgeschriebenen Grundsatz der politischen Vielfalt und darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zum Einsatz kommen.

Wir rufen daher die Abgeordneten der Staatsduma dazu auf, den Gesetzentwurf bereits bei der ersten Lesung abzulehnen.

04.07.2012

Alexei Kudrin, Vorsitzender des Komitees für Bürgerinitiativen; Mitglieder: **Alexandr Archangelskij, Dmitrij Oreschkin, Iwan Begtin, Viktor Pleskatschewskij, Andrei Galijew, Igor Potozkij, Leonid Gosman, Alexandr Rubzow, Jewgenij Gontmacher, Nikolai Swamidse, Julij Gusman, Dmitrij Trawin, Michail Dmitrijew, Mark Urnow, Kirill Kabanow, Sergei Zypplajew, Walerija Kasamara, Witalij Uschkanow, Wassilij Melnitschenko, Jana Jakowlewa, Wladimir Nasarow, Irina Jasina, Andrei Netschajew**

Quelle: <http://akudrin.ru/news/zayavlenie-komiteta-grazhdanskikh-initsiativ.html>

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Russlandkoordinator Dr. Andreas Schockenhoff kritisiert geplante Verschärfung des NRO-Gesetzes in Russland

Am 6. Juli steht in der Duma die erste Lesung eines umstrittenen Gesetzesentwurfs an, der das russische Gesetz über Nicht-regierungsorganisationen (NRO) deutlich verschärfen soll. Aus diesem Anlass erklärte der Koordinator für deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Andreas Schockenhoff, MdB:

Die geplanten Änderungen im Gesetz über »Nichtkommerzielle Organisationen« zielen darauf, die Arbeit unabhängiger und kritischer russischer NROs zu diskreditieren und zu erschweren. Nach der drastischen Verschärfung des Versammlungsrechts ist dies innerhalb weniger Wochen somit der zweite schwere Schlag für die Zivilgesellschaft in Russland. Das vorgeschlagene Sonderregister für »politisch tätige« NROs, die finanziell aus dem Ausland unterstützt werden, und ihre Brandmarkung als »ausländische Agenten« sind ein falsches Signal an Russlands aktive Bürger, aber auch an Russlands Partner im Ausland. Damit vertieft die vorliegende Gesetzesfassung Zweifel am Willen zu Dialog und Zusammenarbeit mit der eigenen Gesellschaft.

Die neuen Einschränkungen gefährden auch die Modernisierungspartnerschaften, die Deutschland und die EU mit Russland vereinbart haben. Dies gilt besonders für Deutschland, das über ein einzigartig dichtes Netz von zivilgesellschaftlichen Verbindungen, wie auch den »Petersburger Dialogs für die Verständigung der Zivilgesellschaften«, mit Russland verbunden ist. Ein starkes Russland, wie Präsident Putin es anstrebt, braucht starke Partner – vor allem in der eigenen Gesellschaft, aber auch im Ausland.

Ich appelliere an die Verantwortlichen in der Staatsduma, die Aktivitäten der russischen Zivilgesellschaft nicht weiter zu beschränken. Engagierte Bürger sind nicht Feinde, sondern Partner des Staates bei der Modernisierung des Landes!

Dr. Andreas Schockenhoff, MdB, Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit

Erklärung des Deutsch-Russischen Austausch e.V. (DRA) anlässlich der geplanten Verschärfung des NGO-Gesetzes in Russland

DRA gegen Diffamierung russischer NGOs als »ausländische Agenten«

Der Deutsch-Russische Austausch protestiert gegen die erneute Drangsalierung der Zivilgesellschaft in Russland und ruft die russische Regierung dringend dazu auf, auf die geplanten Änderungen im föderalen Gesetz über Nichtkommerzielle Organisationen zu verzichten. Ein Gesetzesentwurf der Regierungspartei *Edinaja Rossija* zielt unmissverständlich darauf, die Aktivitäten vom Staat unabhängiger und kritischer NGOs weiter zu erschweren und sie in der Gesellschaft in Verruf zu bringen. Das Gesetz soll schon bis zum 18. Juli von beiden Parlamentskammern verabschiedet und kurz darauf von Präsident Putin unterzeichnet werden.

Vorgesehen ist ein Sonderregister für alle Non-Profit-Organisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten – egal ob von staatlichen Förderern, Stiftungen, Firmen oder privaten Spendern – und die zugleich »politisch tätig« sind. Als politisch gilt dabei jegliche Aktivität, die Einfluss auf die öffentliche Meinung oder das Verhalten staatlicher Stellen nehmen will. Das geplante Gesetz diffamiert solche Organisationen als »ausländische Agenten« und verpflichtet sie sogar, diese Bezeichnung in Publikationen und auf ihren Websites anzuführen. Zudem sollen sie vierteljährlich Finanzsicht gewähren und jährliche Audits durchlaufen müssen. Verstöße können mit mehrjähriger Haft und Geldstrafen bis 25.000 Euro geahndet werden.

Der Gesetzesentwurf richtet sich nach Auskunft der Verfasser ausdrücklich gegen NGOs wie die bekannte Wahlbeobachtungsorganisation »Golos« und die Antikorruptions-Organisation »Transparency International«. Als angebliche »ausländische Agenten« stünden dann auch z. B. die Moskauer Helsinki-Gruppe, die meisten anderen Menschenrechts-NGOs und »etwa 70 % aller Umweltorganisationen« da – alle, die sich nicht »mit Kaninchenzucht oder dem Schutz seltener Arten« befassen, bekannte ein Kreml-Vertreter gegenüber russischen Medien. Laut Entwurf könnte das Register aber auch viele andere Vereine, Bildungseinrichtungen, soziale Stiftungen und sonstige Non-Profit-Strukturen bis hin zur Orthodoxen Kirche betreffen. Seine Definitionen sind weit genug gefasst, um jede gewünschte Willkür gegen Einzelne zu ermöglichen.

Der Text und die Hast, mit der er durchgesetzt wird, legen erneut den repressiven Charakter der Regierung unter Vladimir Putin offen. Nach der drastischen Verschärfung des Demonstrationsrechts im Juni ist dies der nächste Schritt,

um jene veränderungswilligen Bewohner Russlands zu strafen und zu marginalisieren, die die Bürgerproteste nach den Duma-Wahlen mitgetragen haben und die für eine pluralistische, offene Gesellschaft eintreten. Es passt nicht in Putins Weltbild, dass sich Menschen aus Russland für ideelle und zugleich (auch von Russland) völkerrechtlich verankerte Werte einsetzen. Ihnen internationale Unterstützung vorzuwerfen, ist mindestens so lange doppelzünftig, wie ein solches Engagement innerhalb des Landes kaum Förderer findet, weil auch diese Förderer in Konflikt mit dem monopolistischen Staatsapparat geraten. Die Trennung von »gutem« sozialem und »schlechtem« gesellschaftspolitischem Engagement, die die russische Führung zugrunde legt, ist widersinnig: Denn erst die Verbindung von beidem macht Bürgerorganisationen zu einem Motor für eine Vervollkommen der Gesellschaft – sei es hinsichtlich der Lebensumstände Behinderter, des Schutzes von Wäldern und Flüssen, der Bildungsgerechtigkeit oder fairer, rechtsstaatlicher Wahlen.

Kritik innerhalb der Gesellschaft ist normal und nützlich, und die Fähigkeit, mit solchen Stimmen einen konstruktiven Dialog zu führen und ihre Kompetenz und ihren Gestaltungswillen zugunsten der Entwicklung des Landes nutzbar zu machen, ist ein Zeichen für die Stärke von politischen Systemen, für die Integration und Teilhabe ihrer Bürger.

Die Autoren des Gesetzentwurfes betonen, dass sie keinerlei Verbote, auch nicht von ausländischer Finanzierung, erlassen. Sie nutzen subtilere Mittel der Verfolgung: Verdrängung, Bürokratisierung, Diskreditierung. Die russische Führung erhöht damit einmal mehr den Emigrationsdruck für gebildete, kreative, aktive Bürger ihres Landes und verstärkt isolationistische, paranoide Entwicklungskonzepte. So unterminiert sie die europäische und internationale Zusammenarbeit in dem breiten Feld der Zivilgesellschaft und behindert das eigene Land auf dem Weg einer Modernisierung.

Der DRA ruft die deutsche und europäische Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dazu auf, sich öffentlich mit den NGOs in Russland solidarisch zu zeigen und ihr Gewicht in den Beziehungen zu Russland geltend zu machen, um für einen Verzicht auf die geplanten Neuregelungen einzutreten.

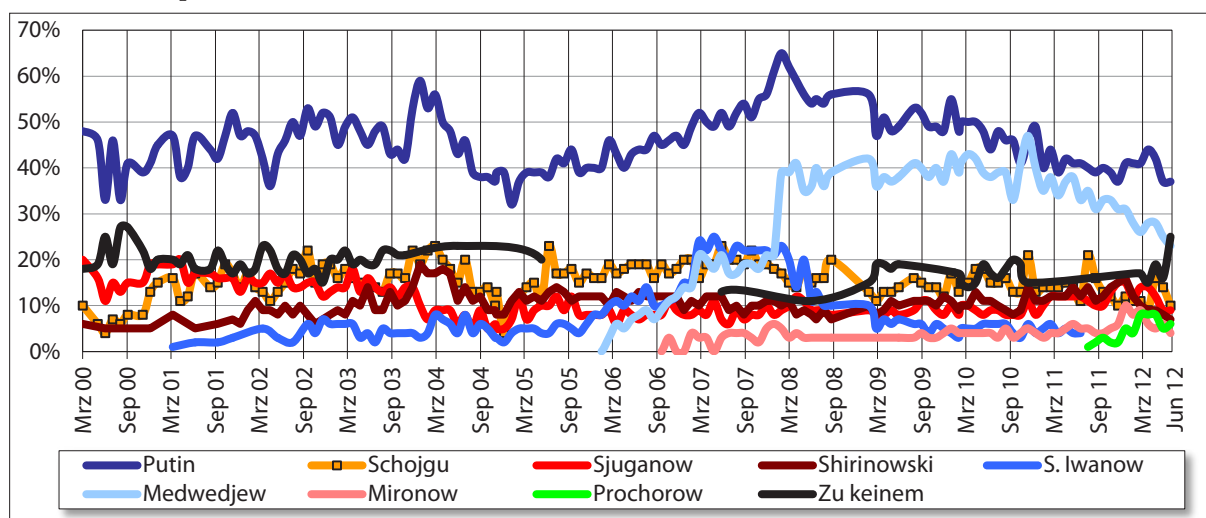
Berlin, den 5.7.2012

Deutsch-Russischer Austausch e.V.

UMFRAGE

Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen?

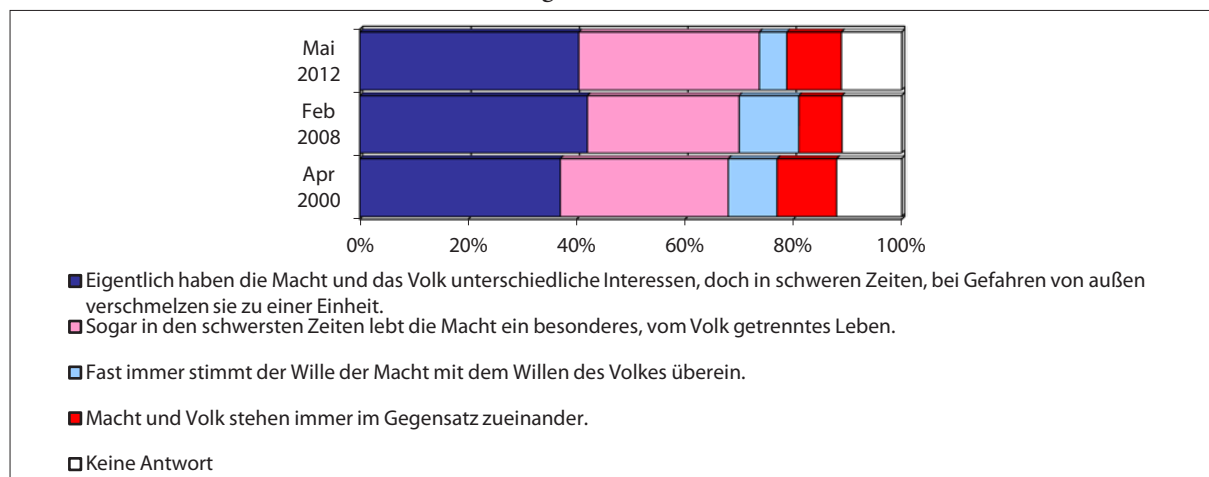
Grafik 1: Popularitätswerte russischer Politiker März 2000 – Juni 2012



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums März 2000 bis Juni 2012, www.levada.ru, zuletzt 21.–26.06.2012, <http://www.levada.ru/print/27-06-2012/iyunskie-reitingi-odobreniya-doveriya-i-polozeniya-del-v-strane>

»Macht« und »Volk«

Grafik 2: Wenn man sich die russische Geschichte ansieht, was können sie über die Beziehungen zwischen der Macht und Volk in unserem Land sagen ?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 25.–29.05.2012, <http://www.levada.ru/21-06-2012/interesy-vlasti-i-naroda-ne-sovpadayut-40-rossiyan>

Tabelle 1: Was stört Sie am meisten am Handeln der jetzigen Regierung?

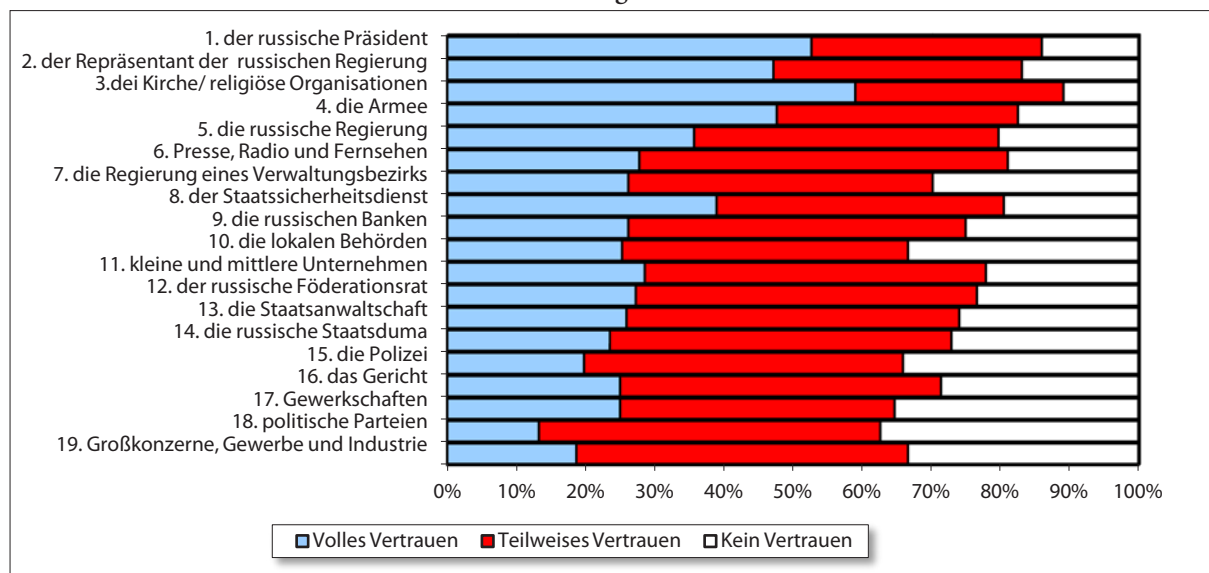
	Mai 2007	Mai 2012
Ist korrupt, kämpft nicht gegen Korruption in ihren Reihen	49 %	48 %
Wird nicht mit Armut und sozialer Ungleichheit fähig	67 %	45 %
Unfähig ökonomischen Aufschwung zu gewährleisten	44 %	37 %
Lässt den Diebstahl von Staatseigentum zu	39 %	37 %
Lässt den Zustrom von Menschen fremder Kultur nach Russland zu	15 %	17 %
Lässt Nachlässigkeit und Anarchie zu	12 %	14 %
Behindert die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen	10 %	13 %
Schafft es nicht in Dialog mit der Jugend zu treten	16 %	13 %
Geht dem Westen auf den Leim	16 %	12 %
Graue, ausdruckslose Politik	11 %	11 %
Unverantwortliche Politik	10 %	11 %
Untergräbt die Fundamente der russischen Gesellschaft	10 %	9 %
Zu wenig patriotisch	12 %	9 %
Unterdrückt demokratische Freiheiten, führt die Zensur in den Medien ein	7 %	8 %
Verbreitet staatlichen Optimismus und Heuchelei	7 %	8 %
Baut das sowjetische Bürokratiesystem wieder auf	8 %	7 %
Lehnt sowjetische Traditionen ab	12 %	7 %
Zeigt eine autoritäre und totalitäre Tendenz	4 %	7 %
Sorgt sich nicht um Sicherheit und Verteidigung des Landes	11 %	6 %
Mischt sich in die großen Unternehmen ein	3 %	5 %
Schafft sich eine Kraftreserve in form von Jugendorganisationen im halb-militärischen Stil	5 %	5 %
Schüren Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus gegenüber Migranten	4 %	4 %
Schafft die Atmosphäre einer »belagerten Festung«, erklärt ihre Niederlagen mit der Suche nach äußeren Feinden	3 %	4 %
Verschärft die Beziehungen zum Westen	3 %	2 %
Anderes	2 %	2 %
Mir gefällt Alles.	3 %	3 %
Keine Antwort	4 %	7 %

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 25.–29.05.2012, <http://www.levada.ru/21-06-2012/interesy-vlasti-i-naroda-ne-sovpadayut-40-rossiyan>

Übersetzung aus dem Russischen: Katja Frenzel

Institutionenvertrauen in Russland 2009–2012

Grafik 3: Wie viel Vertrauen verdienen Ihrer Meinung nach...?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 01.–17.06.2012,
<http://www.levada.ru/print/26-06-2012/institut-vlasti-teryayut-doverie-grazhdan>

Tabelle 2: Wie viel Vertrauen verdienen Ihrer Meinung nach...? (nur Antworten »volles Vertrauen«)

	Nov. 2009	Nov. 2010	April 2011	Nov. 2011	Juni 2012
Der russische Präsident	66 %	67 %	53 %	50 %	49 %
Der Repräsentant der russischen Regierung	70 %	67 %	55 %	52 %	42 %
Die Kirche/religiöse Organisationen	50 %	55 %	49 %	49 %	49 %
Die Armee	38 %	38 %	34 %	37 %	41 %
Die russische Regierung	30 %	34 %	28 %	30 %	30 %
Presse, Radio und Fernsehen	26 %	27 %	25 %	30 %	25 %
Die Regierung eines Verwaltungsbezirks	22 %	21 %	22 %	28 %	22 %
Der Staatssicherheitsdienst	34 %	33 %	27 %	26 %	30 %
Die russischen Banken	17 %	24 %	20 %	24 %	22 %
Die lokalen Behörden	21 %	17 %	19 %	23 %	22 %
Kleine und mittlere Unternehmen	16 %	22 %	19 %	23 %	22 %
Der russische Föderationsrat	21 %	21 %	20 %	22 %	21 %
Die Staatsanwaltschaft	20 %	20 %	19 %	22 %	21 %
Die russische Staatsduma	20 %	21 %	21 %	21 %	20 %
Die Polizei	19 %	16 %	17 %	20 %	18 %
Das Gericht	22 %	18 %	20 %	19 %	21 %
Gewerkschaften	15 %	13 %	12 %	16 %	17 %
Politische Parteien	7 %	10 %	9 %	10 %	11 %
Großkonzerne, Gewerbe und Industrie	8 %	12 %	11 %	16 %	14 %

Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 01.–17.06.2012,
<http://www.levada.ru/print/26-06-2012/institut-vlasti-teryayut-doverie-grazhdan>

Russland 2020

Tabelle 3: Die strategische Entwicklung für unser Land steht für die nächsten zehn Jahre fest. Diese sieht vor, dass Russland zum Jahr 2020 zu einer führenden Weltmacht wird. Bitte beschreiben Sie, wie Russland Ihrer Meinung nach im Jahr 2020 sein wird.

Die größte / führende Weltmacht	16 %
Reich, entwickelt, blühend	14 %
Gewährleistet eines hohen Lebensstandards, Wachstum des Wohlstandes	13 %
Wirtschaftlich entwickelt	10 %
Mit einer entwickelten Sozialstruktur	9 %
Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft	6 %
Unabhängig von anderen Staaten, nicht als bloßer Rohstofflieferant	6 %
Demokratisches Land	3 %
Ausgestattet mit einer starken militärischen Verteidigung und einer starken Armee	3 %
Stabiler Staat	3 %
Ohne Korruption	2 %
Kulturell hoch entwickelt	2 %
Es verändert sich bestimmt nichts.	7 %
Wird's nicht geben.	4 %
Anders	2 %
Keine Antwort	23 %

Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112823>

Tabelle 4: Wer oder was kann Ihrer Meinung nach ein Hindernis auf dem Weg zu diesem Ziel sein? (maximal drei verschiedene Antworten)

Starke Korruption	19 %
Regierung	14 %
Eine ökonomische Krise	6 %
Einfluss der USA, Chinas und der westlicher Staaten	6 %
Uneinigkeit der Parteien	5 %
Wir selbst/ das Volk	4 %
Der bürokratische Apparat	3 %
Die Oligarchen	3 %
Putin	2 %
Rückgang der Industrie und Landwirtschaft	2 %
Niedriger Lebensstandard	2 %
Gesetze, welche nicht funktionieren	2 %
Der Verkauf von Rohstoffen	2 %
Unordnung, Instabilität und Zerfall im Land	1 %
Terrorismus, Kriminalität	1 %
Die hohe Arbeitslosigkeit	1 %
Militärkonflikte	1 %
Alkohol- und Drogenkonsum	1 %
Wunsch zu arbeiten	1 %
Niemand und nichts, es gibt kein Hindernis	2 %
Anderes	1 %
Gebe keine Antwort	30 %

Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112823>

Tabelle 5: Wer oder was könnte helfen, das Ziel zu erreichen? (maximal drei verschiedene Antworten)

Das Volk/ die Leute selber	7 %
Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft	6 %
Der Präsident und seine Mannschaft	5 %
Kampf mit der Korruption	5 %
Veränderter Umgang mit den Menschen	5 %
Eine neue Regierung	5 %
Einheit	4 %
Anstieg des Wirtschaftsniveaus	4 %
Die Regierung	4 %
Das Beschließen der richtigen Gesetze und ihre Umsetzung	4 %
Ein guter Leiter	3 %
Anhebung des Lebensstandards	3 %
Kontrolle, Ordnung	3 %
Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein	3 %
Erziehung der Moral, der Geistigkeit und des Patriotismus	1 %
Zusammenarbeit mit anderen Ländern	1 %
Bildung	1 %
Kommunisten	1 %
Revolution	1 %
Niemand	1 %
Anderes	3 %
Keine Antwort	37 %

Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112823>

Tabelle 6: Welchem Land /Ländern sollte Russland Ihrer Meinung nach ähnlich sein? (maximal drei verschiedene Antworten)

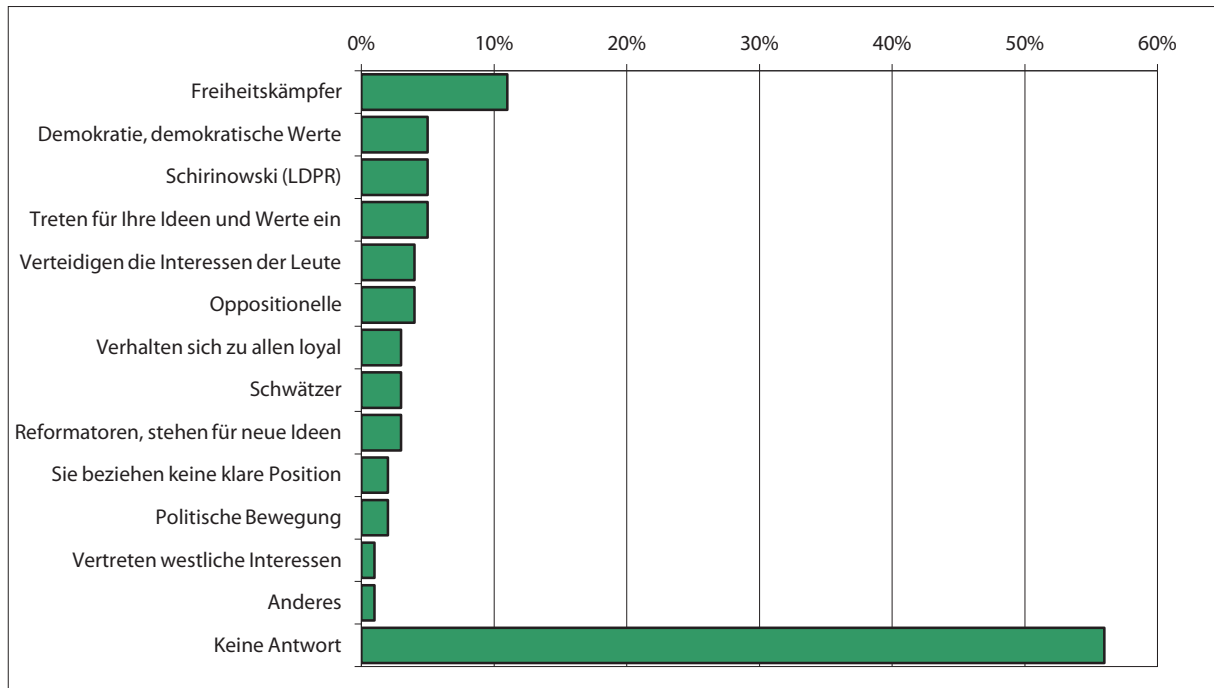
Keinem. Russland wird niemals einem anderen Land ähneln.	55 %
Deutschland	12 %
USA	4 %
Schweiz	4 %
England	3 %
China	3 %
Schweden	3 %
Frankreich	2 %
Japan	2 %
UdSSR	1 %
Europäische Länder	1 %
Finnland	1 %
Kanada	1 %
Norwegen	1 %
Italien	1 %
Arabische Emirate	1 %
Belarus	1 %
Dänemark	1 %
Ein mächtiges, entwickeltes, starkes Land	1 %
Anderes	1 %
Keine Antwort	7 %

Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112823>

Übersetzung aus dem Russischen: Katja Frenzel

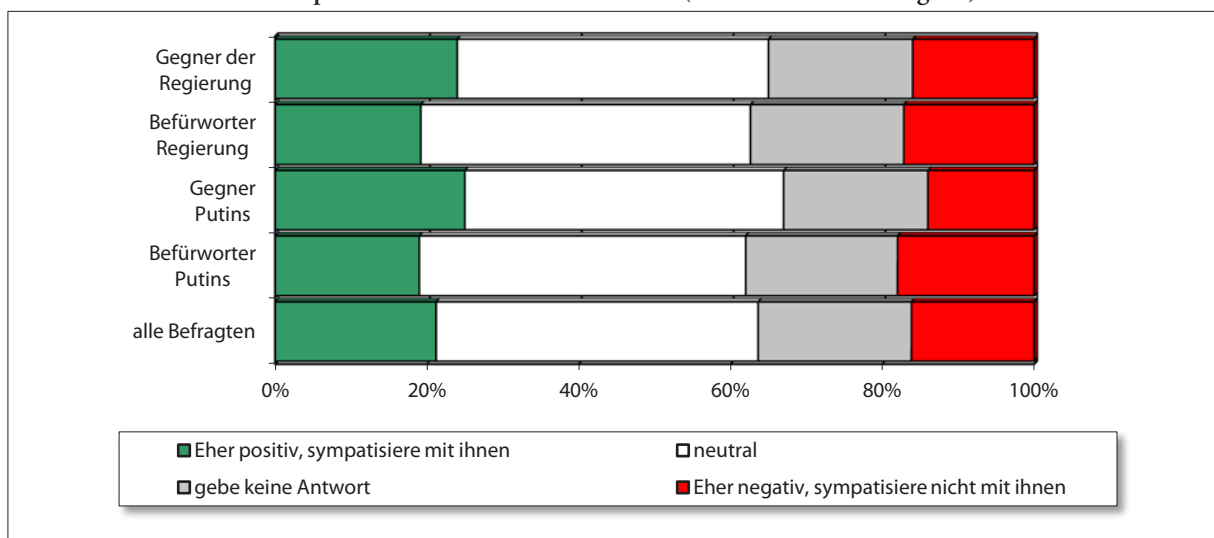
Was halten Sie von den russischen Liberalen?

Grafik 4: Wer sind Ihrer Meinung nach die Liberalen? Welche Ideen und Werte vertreten sie? (beliebig viele Antworten möglich)



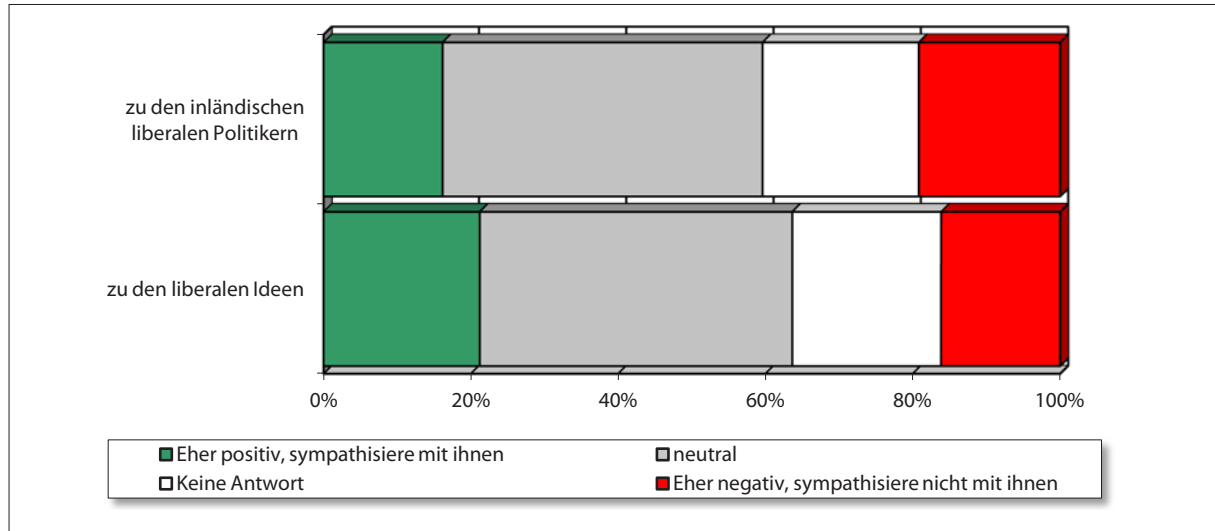
Quelle: Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112839>

Grafik 5: Wie stehen Sie persönlich zu den liberalen Ideen? (nur eine Antwort möglich)



Quelle: Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112839>

Grafik 6: Wie stehen sie persönlich zu...

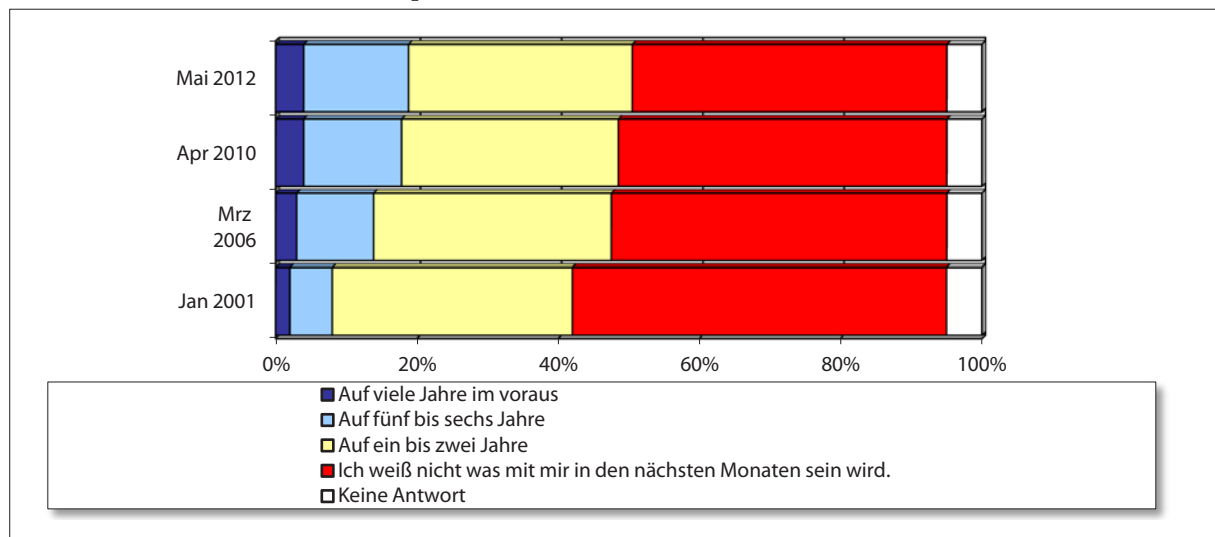


Quelle: Umfragen des WZIAM, 02.–03.06.2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112839>

Übersetzung aus dem Russischen: Katja Frenzel

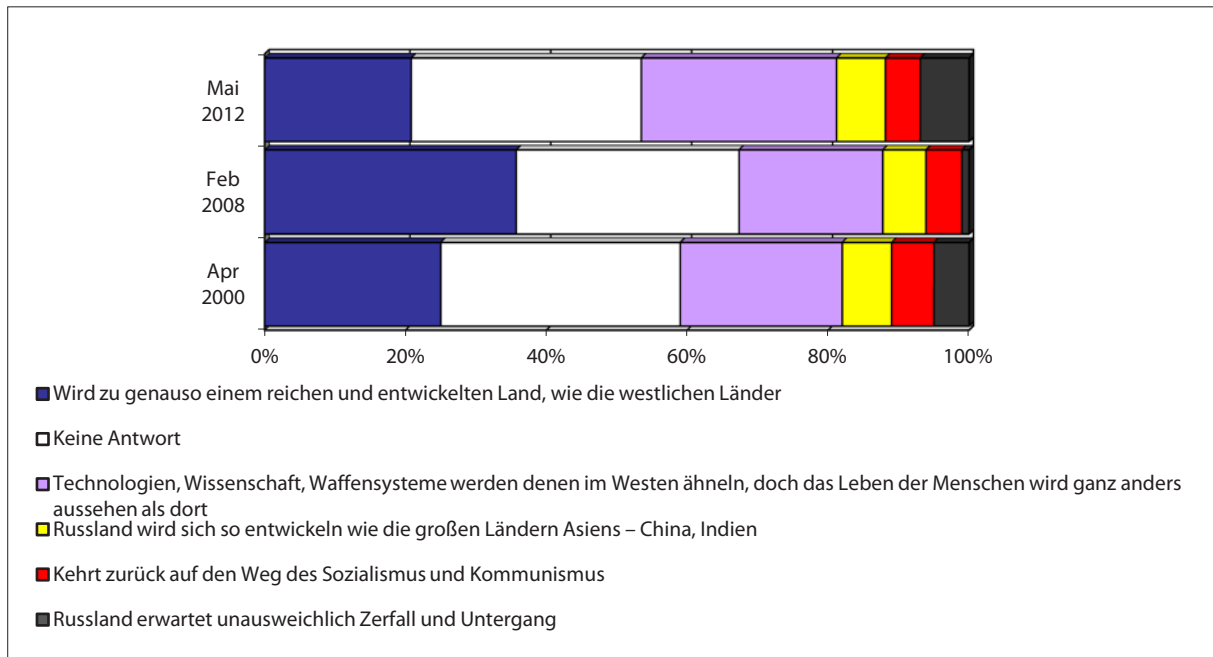
Zukunftsperspektiven und Emigrationswunsch

Grafik 7: Auf wie viele Jahre im voraus können Sie unter Berücksichtigung der jetzigen Situation mit Sicherheit von Ihrer Zukunft sprechen?



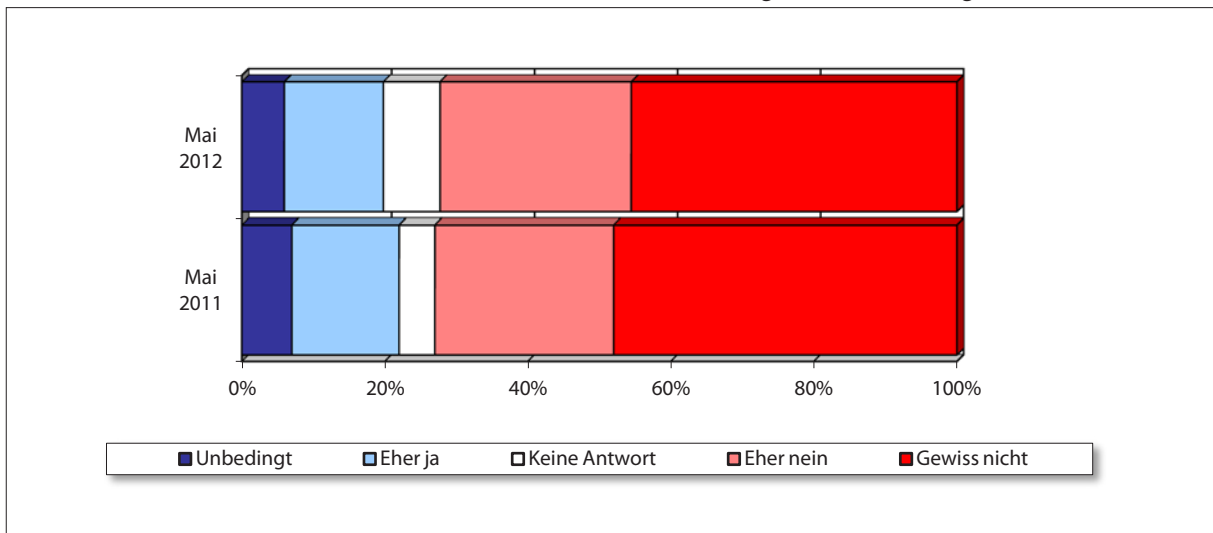
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 25.–29.05.2012, <http://www.levada.ru/08-06-2012/emigratsionnye-nastroeniya-rossiyan>

Grafik 8: Wie wird Russland in 50 Jahren aussehen?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 25.–29.05.2012,
<http://www.levada.ru/08-06-2012/emigratsionnye-nastroeniya-rossiyan>

Grafik 9: Haben Sie die Absicht in ein Land außerhalb der ehemaligen UdSSR zu emigrieren?

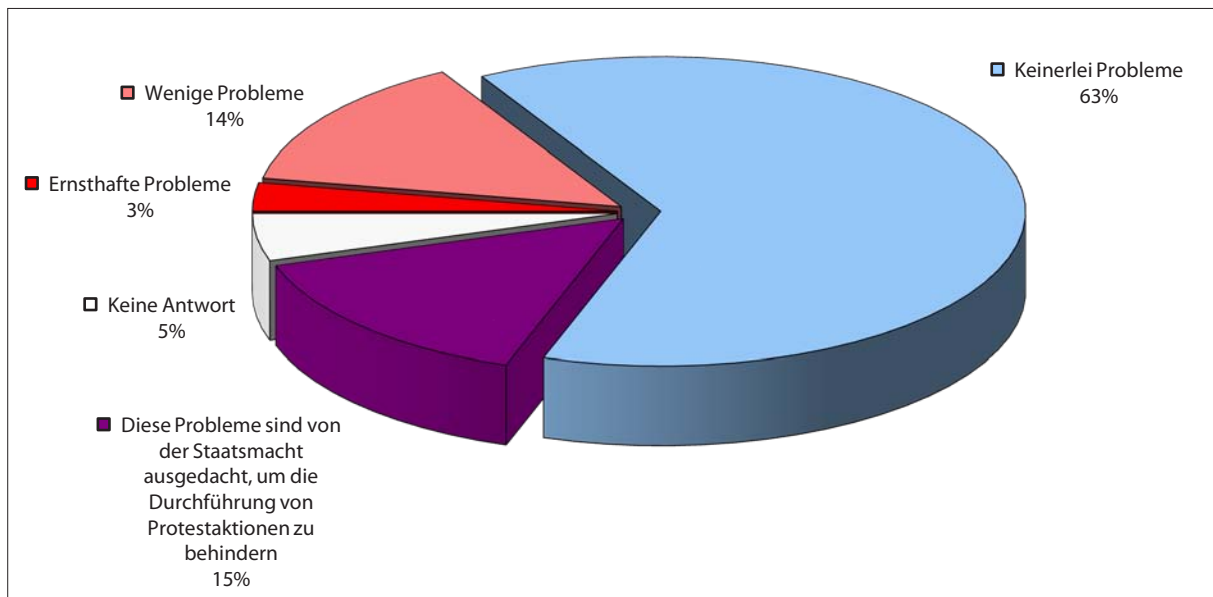


Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 25.–29.05.2012,
<http://www.levada.ru/08-06-2012/emigratsionnye-nastroeniya-rossiyan>

Die Massendemonstrationen in Moskau

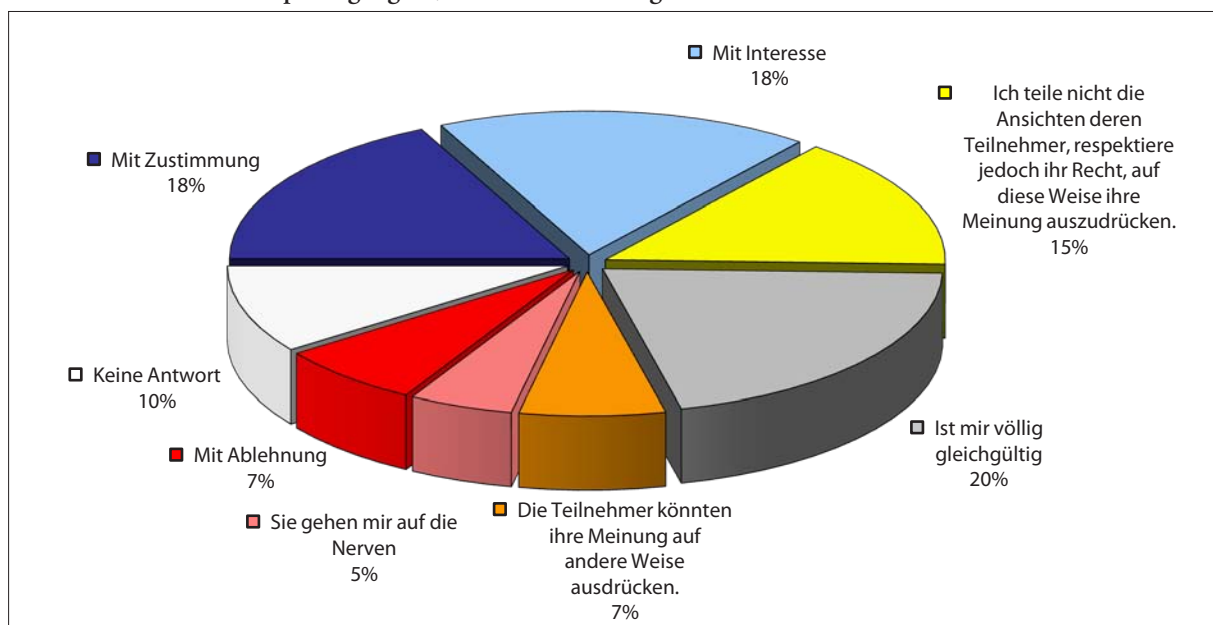
In Moskau haben am 4. Februar, am 10. März, am 1. und 6. Mai sowie am 12. Juni 2012 Massendemonstrationen mit jeweils Zehntausenden von Teilnehmern stattgefunden, daneben gab es noch zahlreiche kleinere, die mitunter innovative Formen erprobten (»Spaziergänge«, Zeltlager etc.). Das Lewada-Zentrum fragt nach der Reaktion der Moskauer.

Grafik 10: Machen Ihnen die Protestaktionen der Opposition im Zentrum Moskaus Probleme?



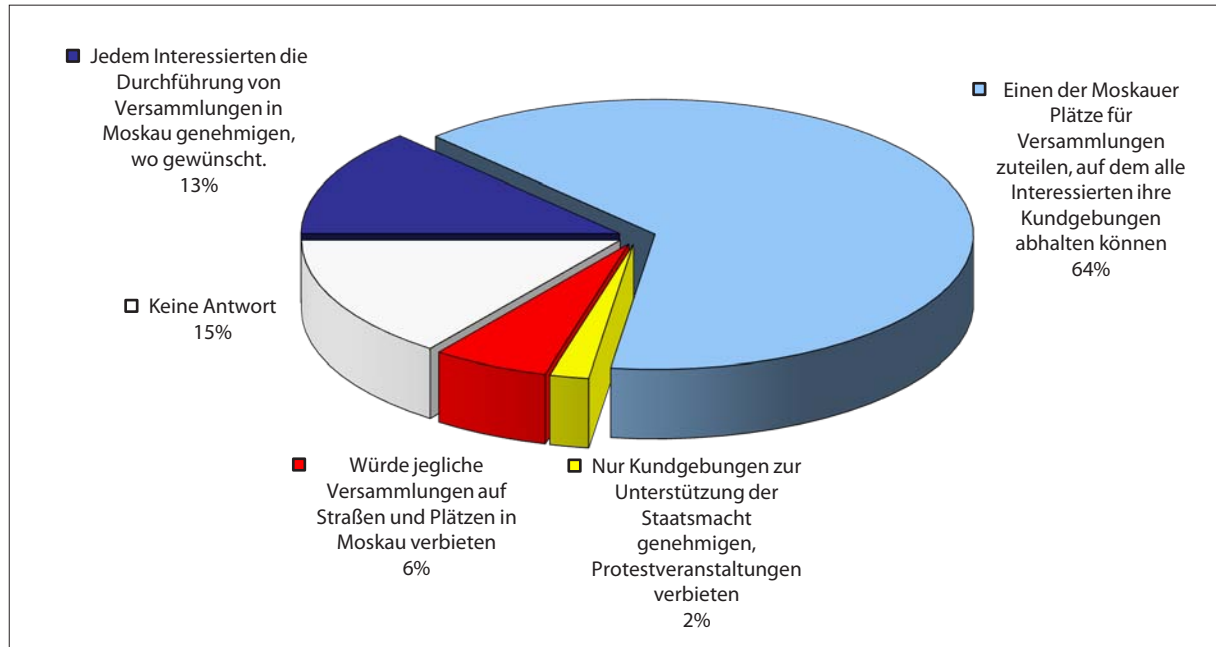
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 09.–13.06.2012,
<http://www.levada.ru/20-06-2012/mitingi-moskvicham-ne-meshayut>

Grafik 11: Wie stehen Sie zu den, im letzten Monat in Moskau stattgefundenen Oppositionsveranstaltungen in Form von »Spaziergängen«, »mobilen Protestlagern« u. ä.?



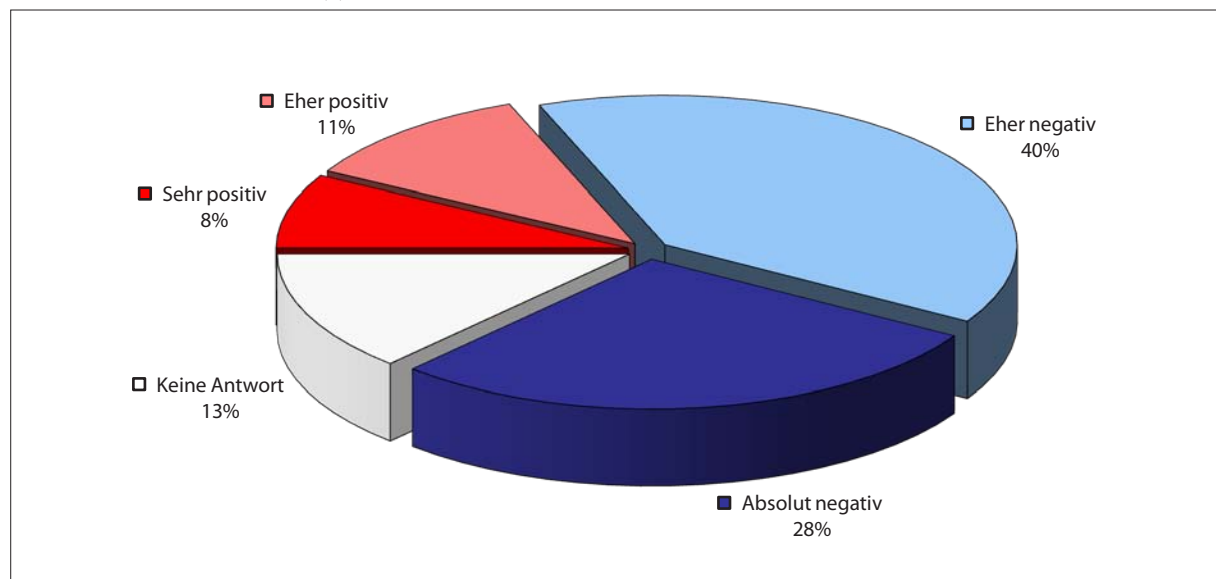
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 09.–13.06.2012,
<http://www.levada.ru/20-06-2012/mitingi-moskvicham-ne-meshayut>

Grafik 12: Wie würden Sie vorgehen, wenn es in Ihrer Macht stehen würde?



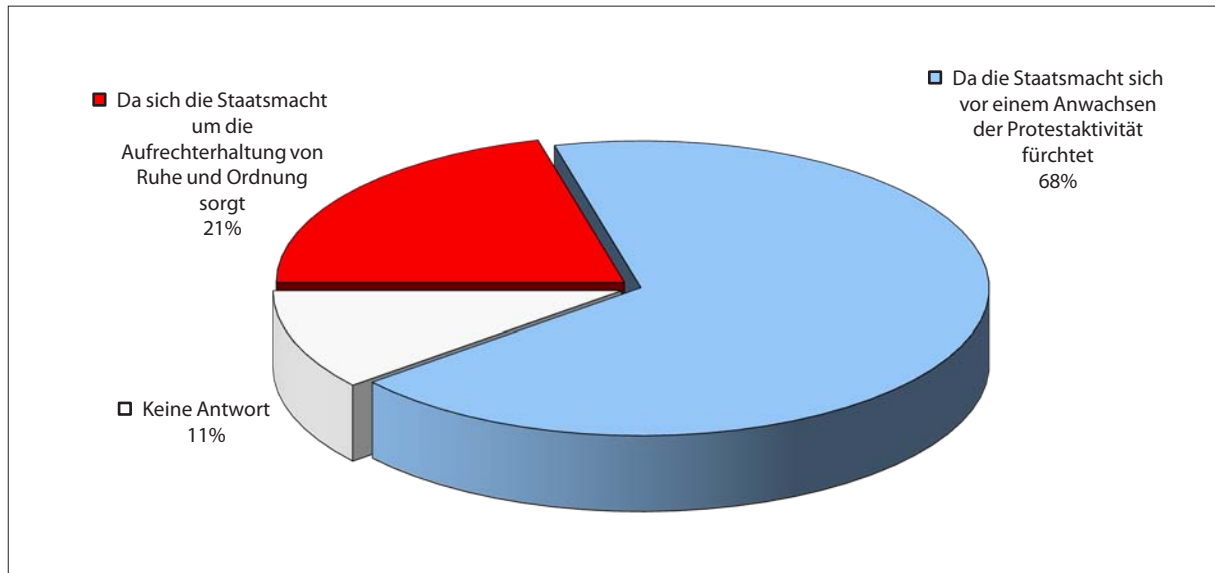
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 09.–13.06.2012,
<http://www.levada.ru/20-06-2012/mitingi-moskvicham-ne-meshayut>

Grafik 13: Wie stehen Sie zu den jüngst in Eile verabschiedeten Änderungen des Versammlungsgesetzes, dass das Gesetzes auf jede Art von »gleichzeitiger massenhafter Ansammlung und (oder) Bewegung von Staatsbürgern« ausweitert und die Strafen bei Verletzung der Versammlungsordnung auf bis zu 300.000 Rubel (€) erhöht?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 09.–13.06.2012,
<http://www.levada.ru/20-06-2012/mitingi-moskvicham-ne-meshayut>

Grafik 14: Warum haben die Duma und der Föderationsrat Ihrer Meinung nach die Gesetzesänderungen so eilig verabschiedet?



Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, 09.–13.06.2012,
<http://www.levada.ru/20-06-2012/mitingi-moskvicham-ne-meshayut>

Übersetzung aus dem Russischen: Christoph Laug



Foto: Hans-Henning Schröder, Russland-Analysen

CHRONIK

Vom 18. Juni bis zum 12. Juli 2012

28.06.2012	Die UEFA verurteilt die Russische Fussballunion zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Euro wegen rassistischen Verhaltens der russischen Fans bei der Fussballeuropameisterschaft.
28.06.2012	Der Dumaabgeordneten Gennadij Gudkow (Fraktion »Gerechtes Russland«) verkauft die im Familienbesitz befindliche Sicherheitsfirma. Er reagiert damit darauf, dass die Behörden massiv gegen seine Firma vorgehen. U. a. hatte man den Mitarbeitern das Recht entzogen, Waffen zu tragen.
29.06.2012	Die Fraktion »Einiges Russland« bringt eine Gesetzesnovelle in die Staatsduma ein, der zufolge Nichtregierungsorganisationen, die aus dem Ausland Gelder erhalten, und sich politisch betätigen, in einem speziellen Register des Justizministeriums als »ausländische Agenten« erfasst werden sollen. Die erste Lesung des Gesetzesentwurfs erfolgt am 6. Juli.
30.06.2012	Präsident Wladimir Putin lässt in der Präsidialadministration eine Abteilung zum Einsatz von Informationstechnologien und der Entwicklung der e-Democracy einrichten.
02.07.2012	Präsident Wladimir Putin entlässt drei Polizeigeneräle. Dabei handelt es sich um Generalmajor Viktor Kamerzel, den Assistenten des Innenministers, Generalmajor Nikolaj Iwanow, den Leiter der Abteilung des Innenministeriums für die Moskauer Metro, und Generalmajor Walerij Gribakin, Leiter der Abteilung zur Zusammenarbeit mit Instituten der Zivilgesellschaft und Massenmedien beim Innenministerium.
02.07.2012	Ein Moskauer Gericht verlängert den Hausarrest von Alexandra Duchanina um weitere vier Monate bis zum 6. November. Der 18-jährigen wird die Teilnahme an Ausschreitungen beim »Marsch der Millionen« vom 6. Mai vorgeworfen.
03.07.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht die Kurilen-Insel Kunaschir. Die japanische Regierung protestiert beim russischen Botschafter in Tokio offiziell gegen diesen Besuch.
03.07.2012	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräfte in Shdanowo im Rayon Kisljar (Dagestan) werden vier mutmaßliche Untergrundkämpfer in einem Haus blockiert und getötet.
03.07.2012	Die Kommunistische Partei demonstriert im Moskauer Stadtzentrum gegen den Beitritt Russlands zur WTO. In einer Resolution wird vor einer sozial-ökonomischen Katastrophe und der Zerstörung der Verteidigungsfähigkeit gewarnt und ein Referendum gefordert.
04.07.2012	Eine Aktivistin der Punk-Gruppe Pussy Riot tritt aus Protest gegen die Einschränkungen bei der Vorbereitung ihrer Verteidigung in einen Hungerstreik.
04.07.2012	Beim Absturz eines Hubschraubers in Jakutien kommen vier Personen ums Leben.
05.07.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew eröffnet im Rahmen seiner Reise im russischen Fernen Osten eine Hängebrücke, die von Wladiwostok auf die Insel Russkij führt, auf der im Herbst der APEC-Gipfel stattfinden wird. Nur einen Tag später wird die Brücke wieder geschlossen, da sie noch nicht fertig ist.
06.07.2012	In einem Vorort von Machatschkala in Dagestan werden bei der Abwehr eines Überfalls auf einen Polizeiposten drei Untergrundkämpfer getötet.
06.07.2012	Die russische Staatsduma verabschiedet in erster Lesung eine Gesetzesnovelle, die vorsieht, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich politisch betätigen und Finanzierung aus dem Ausland erhalten, in einem speziellen Register des Justizministeriums als »ausländische Agenten« registriert werden. Sie sind ferner gehalten, ihre Druckerzeugnisse als die »ausländischer Agenten« zu markieren. Insgesamt werden sie strengerem Vorschriften als die übrigen NGOs unterworfen.
06.07.2012	Die Staatsduma hebt auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Immunität von Wladimir Bessonow auf, einem Abgeordneten der Kommunistischen Fraktion. Bessonow nahm im Dezember 2011 an einer nicht genehmigten Demonstration in Rostow am Don teil, bei der es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.
06-07.07.2012	Bei einem schweren Unwetter und Überschwemmungen im Bezirk Krasnodar kommen 172 Menschen ums Leben. Am schwersten betroffen ist die Stadt Krymsk. Ca. 250 Häuser werden vollständig zerstört, fast 3.000 Personen müssen evakuiert werden. Der Schaden beläuft sich auf mehr als 4 Mrd. Rubel (ca. € 100 Mio.). Bis zu 30.000 Menschen sind in der Region von der Katastrophe betroffen.
09.07.2012	Gegen Dmitrij Kratow, den ehemaligen Stellvertretenden Leiter des Untersuchungsgefängnis »Butyrka«, in dessen Verantwortungsbereich der Tod von Sergej Magnitskij fällt, der im Jahr 2009 in seiner Zelle ohne ärztliche Hilfe blieb und dann verstarb, wird wegen Nachlässigkeit im Amt ein Gerichtsverfahren eröffnet.
10.07.2012	Die russische Staatsduma verabschiedet mit den Stimmen von »Einiges Russland« das Protokoll zum WTO-Beitritt. Alle anderen Dumafraktionen stimmen gegen den Beitritt.

10.07.2012	Präsident Wladimir Putin trifft mit Michail Fedotow, dem Vorsitzenden des Menschenrechtsrat beim Präsidenten, Wladimir Lukin, dem Beauftragten für Menschenrechte, sowie Boris Titow, dem Beauftragten für die Unternehmerrechte, zu einem Gespräch zusammen. Im Mittelpunkt steht die Gesetzesnovelle zu Nicht-regierungsorganisationen, die bei ausländischer Finanzierung den Titel »ausländischer Agent« tragen sollen. Putin lässt bei der Regierung anfragen, ob die Finanzierung für NGOs bei Verabschiedung des Gesetzes von ein auf drei Milliarden Rubel (ca. € 25 bzw. 75 Million) erhöht werden kann.
11.07.2012	Präsident Wladimir Putin enthebt Oleg Kowalew, Gouverneur im Gebiet Rjasan, auf eigenen Wunsch von seinem Amt. Kowalew wird bis zu den vorgezogenen Direktwahlen im Herbst die Amtsgeschäfte leiten und sich bei diesen zur Wahl stellen. In den vorgezogenen Neuwahlen sieht die Opposition den Versuch, die Chancen des Amtsinhabers zu erhöhen.
11.07.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew beauftragt die Partei »Einiges Russland« auf den Kurilen-Inseln zwei Sport- und Erholungszentren zu errichten. Die südlichen Kurilen-Inseln sind zwischen Russland und Japan umstritten.
11.07.2012	Präsident Putin empfängt den Staatschef von Kuba, Raul Castro. Die zwischenstaatlichen Beziehungen stehen im Zentrum der Gespräche. Putin lässt Fidel Castro Grüße ausrichten.
11.07.2012	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, dass ab November 2012 im Rahmen des Kinderschutzes die Einführung eines Registers verbotener Internetseiten vorsieht. Seiten mit kinderpornographischem sowie Drogen und Selbstmord verherrlichendem Inhalt können demnach gesperrt werden. Mehrere Internetseiten, darunter Wikipedia und Yandex, protestierten gegen das Gesetz.
11.07.2012	Die russische Staatsduma verabschiedet in erster Lesung eine Gesetzesnovelle, die eine Verschärfung der Strafen bei Verleumdung und Beleidigung vorsieht. Dmitrij Medwedew hatte dieses Gesetz erst vor sieben Monaten abgemildert.
12.07.2012	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, wonach die Geldstrafen bei Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung, darunter bei Wahlfälschungen, von 80.000 auf bis zu 500.000 Rubel (ca. € 2.000 bis 12.500) angehoben werden.
12.07.2012	Wladimir Putin ernannt Andrej Lipow per Erlass zum Leiter der erst kürzlich gegründeten Abteilung zum Einsatz von Informationstechnologien und der Entwicklung der e-Democracy in der Präsidialadministration.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de/recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de